

1	Die Linke Marzahn-Hellersdorf	
2	9. Hauptversammlung,	
3	4. Tagung	
4	28. März 2026	
5		
6	Ersetzungsantrag zu Antrag A1	
7	Antragssteller*in: Bezirksvorstand	
8	Die Hauptversammlung möge beschließen:	
9		
10	Wahlprogramm Die Linke	
11	Marzahn-Hellersdorf	
12	zur Wahl der Bezirksverordnetenversammlung 2026	
13		
14		
15	Schwerpunkte/Gliederung	
16		
17	Präambel -	S. 02
18	Gemeinsam für einen solidarischen und lebenswerten	
19	Bezirk Marzahn-Hellersdorf arbeiten	
20		
21	Stadtentwicklungspolitik für die Menschen in Marzahn-Hellersdorf	S. 04
22		
23	Marzahn-Hellersdorf für alle bezahlbar machen!	S. 08
24		
25	Familien unterstützen	S. 14
26		
27	Demokratie verteidigen	S. 16
28		
29	Marzahn-Hellersdorf – Bezirk des Friedens, der Erinnerung und Mahnung	S. 18
30		
31	Bildung und Ausbildung	S.19
32		
33	Mobil in Marzahn-Hellersdorf und darüber hinaus	S.25
34		
35	Integration und Migration	S.30
36		
37	Inklusion leben - Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention	S.32
38		
39	Solidarische Gesundheitspolitik praktizieren	S.33
40		
41	Selbstbestimmt im Alter	S. 35
42		
43	Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit	S. 37
44		
45	Umwelt - Bewahrung der grünen Lunge	S. 38
46		
47	Wirtschaft zukunftsfähig entwickeln	S. 42
48		
49	Kultur ist Lebensmittel	S. 44
50		
51	Sportangebote stärken	S. 45

1 **Präambel**

2

3 **Gemeinsam für einen solidarischen und lebenswerten**

4 **Bezirk Marzahn-Hellersdorf arbeiten**

5

6 Als sozialistische Partei stehen wir als Linke in Marzahn-Hellersdorf für Alternativen,
7 für eine bessere Zukunft. Wir halten an dem Menschheitstraum fest, dass eine
8 bessere Welt möglich ist. Wir sind und werden nicht wie jene Parteien, die sich devot
9 den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und gerade deshalb kaum
10 noch voneinander unterscheidbar sind. Wir verfolgen ein konkretes Ziel: Wir kämpfen
11 für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle
12 Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die
13 gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu
14 erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den
15 demokratischen Sozialismus.

16

17 Wir finden uns nicht ab mit einer Welt, in der Profitinteressen über die
18 Lebensperspektive von Milliarden Menschen entscheiden und in der Ausbeutung,
19 Kriege und Imperialismus ganze Länder von Hoffnung und Zukunft abschneiden. Wo
20 vor allem der Profit regiert, bleibt wenig Raum für Demokratie. Die ungebändigte
21 Freiheit der großen Konzerne bedeutet Unfreiheit für die Mehrheit der Menschen.

22

23 Wir gehen aus von den Traditionen der Demokratie und des Sozialismus, der
24 Kämpfe für Menschenrechte und Emanzipation, gegen Faschismus und Rassismus,
25 Imperialismus und Militarismus. Anstelle von Aufrüstung und zunehmender
26 Militarisierung der Gesellschaft setzen wir uns für Friedenstüchtigkeit ein.

27

28 Wir wollen alle gesellschaftlichen Verhältnisse überwinden, in denen Menschen
29 ausgebeutet, entrechtet und entmündigt werden und in denen ihre sozialen und
30 natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden. Öffentliche Daseinsvorsorge wie
31 Wohnen, Gesundheit und die Versorgung mit Energie, Wärme und Wasser darf nicht
32 den Profitinteressen untergeordnet werden, sondern muss allen Menschen zur
33 Verfügung stehen.

34

35 Daher ist unser Ziel auch vor Ort in Marzahn-Hellersdorf ein sozialer Bezirk, der allen
36 Menschen zugutekommt und an dem alle teilhaben und mitwirken können. Die
37 unterschiedlichen Bedürfnisse von jungen und älteren Menschen, von Kindern und
38 Familien, von Menschen mit und ohne Behinderung, von Menschen mit
39 unterschiedlichen Einkommenslagen, von Frauen, Männern und queeren Menschen,
40 von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte, von Kulturschaffenden,
41 Gewerbetreibenden und Beschäftigten, von Mieterinnen und Mietern, von
42 Bewohnenden der Großsiedlung ebenso wie im Siedlungsgebiet sowie von
43 Alteingesessenen und neu Zugezogenen sollen gleichermaßen berücksichtigt und
44 mit den ökologischen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit in Einklang
45 gebracht werden.

46

47 Bezahlbares Wohnen für Menschen in unserem Bezirk ist für uns eine Kernaufgabe
48 im politischen Handeln. Wir setzen – solange die Bundesregierung untätig bleibt –
49 alle uns auf kommunaler Ebene zur Verfügung stehenden politischen Hebel in
50 Bewegung, um Wohnen in Berlin und in Marzahn-Hellersdorf bezahlbar zu machen.
51 Weiterhin unterstützen wir die Forderung nach einem Mietendeckel und setzen uns

1 für die Umsetzung des Volksentscheids zur Vergesellschaftung großer privater
2 Immobilienkonzerne ein. Doch gerade in Marzahn-Hellersdorf haben die Erfahrungen
3 der letzten Jahre gezeigt, dass Wohnungsbau keine Mieten senkt und ohne
4 gleichzeitigen Ausbau der sozialen Infrastruktur zu erheblichen Belastungen führt.
5 Neue Wohnungen allein lösen keine Probleme, wenn Kitas, Schulen, medizinische
6 Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeitangebote und Verkehrsstrukturen nicht
7 im gleichen Maße mitwachsen. Zu oft mussten Bewohnerinnen und Bewohner
8 erleben, dass Grünflächen ebenso verschwanden wie Arztpraxen, Schulen überlastet
9 waren und Wege zu Versorgungseinrichtungen länger wurden. Gleichzeitig schließen
10 immer mehr Sparkassen und Postfilialen, bürgernahe Dienstleistungen sind auf dem
11 Rückzug.

12
13 Kiezgestaltung in Marzahn-Hellersdorf muss endlich wieder näher an den Menschen
14 vor Ort ausgerichtet werden. Viel zu lange wurden Bauprojekte von Investoren
15 automatisch als Fortschritt für den Bezirk verkauft, ohne genau hinzuschauen, was
16 sie den Anwohnerinnen und Anwohnern tatsächlich bringen. Wenn Menschen vor Ort
17 Kritik geäußert haben, wurde das oft schnell als „Nicht-bei-uns-Mentalität“ abgetan –
18 nicht selten von Personen, die selbst nie hier gelebt haben oder unseren Bezirk
19 kaum kennen.

20
21 Wir sagen klar: Entwicklung gelingt nur mit den Menschen, nicht über ihre Köpfe
22 hinweg. Für Marzahn-Hellersdorf braucht es endlich eine klare Richtung: Wohin soll
23 sich der Bezirk entwickeln – und was brauchen die Menschen vor Ort wirklich?
24 Zu oft wurden in den letzten Jahren einfach immer neue Wohnungen gebaut, ohne
25 dass Grünflächen, Schulen, Kitas, Verkehr oder Versorgung Schritt gehalten haben.
26 Informationen kamen spät, Mitbestimmung kaum – und am Ende hieß es oft: „Man
27 kann nichts machen.“

28
29 Wir wollen das ändern! Unser Bezirk wurde einmal klug geplant: mit viel Grün, guter
30 Infrastruktur und kurzen Wegen. Diese Balance wollen wir sichern und
31 weiterentwickeln – statt sie durch planloses Bauen zu gefährden. Deshalb setzen wir
32 auf eine Stadtgestaltung, die vorausdenkt: mit genügend Kita-Plätzen und Schulen,
33 sicheren Wegen, guter medizinischer Versorgung, lebendigen Nachbarschaften und
34 geschützten Grünflächen. Bauprojekte sollen nur dann entstehen, wenn sie auch der
35 Allgemeinheit nutzen – und Investoren müssen sich stärker an der nötigen
36 Infrastruktur beteiligen.

37
38 Vor allem aber gilt: Die Menschen im Bezirk sollen von Anfang an mitreden können.
39 Denn sie wissen am besten, was ihren Kiez lebenswert macht. Unser Ziel ist klar:
40 Marzahn-Hellersdorf soll noch grüner, lebenswerter und gerechter werden – für alle,
41 die hier leben.

42
43 Wir formulieren selbstbewusst eine Agenda dafür, wie wir in unserem Bezirk künftig
44 leben wollen. Mit diesem Wahlprogramm für die Bezirksverordnetenversammlung
45 (BVV) machen wir konkrete Vorschläge und werden sie gemeinsam mit den
46 Marzahn-Hellersdorferinnen und Marzahn-Hellersdorfern weiterentwickeln. Wir
47 lassen uns nicht länger von einem abgehobenen Senat und einem zögerlichen
48 Bezirksamt erklären, was angeblich gut für unseren Bezirk sei. Wir haben den
49 Menschen in Marzahn-Hellersdorf genau zugehört. In diesem Geist ist dieses
50 Wahlprogramm geschrieben.

51

1 **Stadtentwicklungspolitik für die Menschen in Marzahn-Hellersdorf**

2

3 Wir sagen klar: Stadtentwicklung funktioniert nur mit den Menschen, nicht gegen sie.
4 Unser Ziel ist eine Stadtentwicklung, die allen Menschen zugutekommt und an der
5 alle beteiligt werden. Die Beteiligung der Öffentlichkeit muss frühzeitig beginnen und
6 ernsthaft stattfinden, damit Planungen gemeinsam mit den Menschen im Bezirk
7 entwickelt werden können. Stadtentwicklung darf nicht über die Köpfe der
8 Anwohnerinnen und Anwohner hinweg erfolgen.

9

10 Wir nehmen die Kritik von den Menschen in Marzahn-Hellersdorf an
11 Nachverdichtungsvorhaben sehr ernst. Die Stadtentwicklung muss in Marzahn-
12 Hellersdorf vom Kopf auf die Füße gestellt werden und den Nachweis erbringen,
13 dass sie auch einen Mehrwert für die Menschen vor Ort hat. Das bedeutet
14 insbesondere, dass das Bezirksamt und der Senat einen Plan dafür haben müssen,
15 wohin sich Marzahn-Hellersdorf entwickeln soll. In den vergangenen Jahren war eine
16 solche klare Richtung nicht erkennbar, stattdessen hat man sich damit begnügt die
17 Großsiedlungen von Marzahn und Hellersdorf planlos weiterhin mit Wohnungen
18 aufzufüllen. Bauvorhaben wurden dabei viel zu oft als alternativlos dargestellt, Pläne
19 von Investoren kritiklos übernommen und Informationen nur bruchstückhaft an die
20 Öffentlichkeit gegeben. Damit muss Schluss sein! Stattdessen braucht es eine
21 stadtentwicklungspolitische Idee und einen Plan, wohin sich Marzahn-Hellersdorf
22 entwickeln soll und welche städtebaulichen Ziele dabei verfolgt werden sollen.

23

24 Für uns ist klar: Unser Bezirk ist kein Zufallsprodukt, sondern geplant entstanden. Die
25 Großsiedlung folgt einer städtebaulichen Logik: Wohnen, Grünflächen, soziale
26 Infrastruktur, Nahversorgung und gute Anbindung gehören zusammen. Diese
27 Balance darf nicht durch beliebige Bebauung zerstört werden. Ein ausgeprägter
28 Wohnbezirk funktioniert nur dann gut, wenn Durchgrünung, soziale Infrastruktur,
29 öffentlicher Nahverkehr und wohnortnahe Versorgung gewährleistet bleiben. Genau
30 diese Grundlagen sind in den vergangenen Jahren jedoch ins Rutschen geraten.
31 Daher ist es ein politischer Fehler zu glauben, das Berliner Wohnungsproblem lasse
32 sich durch immer weitere Nachverdichtung im Osten Berlins und insbesondere in
33 Marzahn-Hellersdorf lösen.

34

35 Wir setzen uns für eine Stadtentwicklung ein, die Wohnen, soziale Infrastruktur,
36 Mobilität, Arbeit, Wirtschaft und Freizeit gemeinsam denkt und plant. Öffentliche
37 Einrichtungen wie Schulen, Kitas, Jugendfreizeiteinrichtungen, Stadtteilzentren und
38 Feuerwehren müssen nicht nur erhalten, sondern bedarfsgerecht ausgebaut werden.
39 Private Bauherren müssen durch städtebauliche Verträge stärker an den Kosten für
40 notwendige soziale Infrastruktur beteiligt werden.

41

42 Den „Biturbo“ des Bundes, das „Schneller-Bauen“-Gesetz des Senats und die
43 ständige Anwendung des § 34 des Baugesetzbuches (BauGB) durch das Bezirksamt
44 sehen wir sehr kritisch. „Bauturbo“ und „Schneller-Bauen“-Gesetz schleifen Vorgaben
45 über Bezahlbarkeit und Klimagerechtigkeit, gefährden die Versorgung mit sozialen
46 Infrastrukturen und entmachten die Bürger*innen und Parlamente vor Ort. Planung
47 und Bau von Wohnraum und dazugehörigen Infrastrukturen beschleunigen wir,
48 indem wir den Personalmangel im Bezirk beseitigen, Prozesse digitalisieren und
49 einen Schwerpunkt auf frühzeitige und ernstgemeinte Beteiligung der
50 Stadtgesellschaft legen und auf diesem Weg jahrelange Streitigkeiten oder Klagen
51 verhindern. Der Bezirk muss viel mehr davon Gebrauch machen Bebauungspläne

1 einzuleiten, die ökologische Ziele sichern, bestehende Grünflächen schützen und
2 neue schaffen.

3
4 Wir brauchen auch einen anderen Umgang mit Leerstand. Statt Abriss und Neubau,
5 sollten leerstehende Center sinnvoll und bedarfsgerecht nachgenutzt werden.
6 Wir wollen Marzahn-Hellersdorf zu einem der grünsten und lebenswertesten Bezirke
7 Berlins weiterentwickeln – mit hoher Wohnqualität, wohnortnaher Infrastruktur,
8 sicheren Wegen, ausreichend Kita- und Schulplätzen, guter medizinischer
9 Versorgung und attraktiven Einkaufsmöglichkeiten. Grünflächen und Erholungsräume
10 sollen nicht nur geschützt, sondern erweitert werden. Dazu gehören auch neue
11 Angebote für Sport und Freizeit, darunter ein modernes Kombibad für den Bezirk.
12 Um diese Entwicklung zu ermöglichen, brauchen wir eine aktive Bodenpolitik.
13 Öffentliche Flächen müssen gesichert oder zurückgekauft werden, damit auch künftig
14 Schulen, Kitas, Wohnungen und soziale Einrichtungen entstehen können. Wälder,
15 Seen, Plätze und wichtige öffentliche Räume gehören in die Hand der Allgemeinheit.

17 **Wohnen ist ein soziales Grundrecht**

18
19 Die Linke in Berlin tritt dafür an, dass die Mieten bezahlbar bleiben, dass mehr
20 bezahlbare Wohnungen neu gebaut werden, dass die Wohnungsbestände und
21 Großwohnsiedlungen sozial und ökologisch ertüchtigt werden und mehr Geld in die
22 soziale und kulturelle Infrastruktur vor Ort investiert wird. Mit einem Mietendeckel für
23 die landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) ist es das politische Ziel einen
24 einjährigen Mietenstopp durchzusetzen und gesetzlich festzulegen, dass
25 Mieterhöhungen auf maximal 1 Prozent jährlich begrenzt werden. Die LWU sollen in
26 den Großwohnsiedlungen vor Ort mehr in das Wohnumfeld investieren und
27 Aufenthalts-, Spiel- und Grünflächen aufwerten.

28
29 Die Mietpreisbremse muss in Marzahn-Hellersdorf konsequent durchgesetzt werden.
30 Der Bezirk muss im Amt für Soziales ausreichend Personal für die Bearbeitung von
31 Anträgen und für die Beratung im Bereich Wohnungslosenhilfe bereitstellen. Es ist
32 unabdingbar, dass die Mitarbeiter*innen in den Ämtern die notwendige Unterstützung
33 erhalten, um den Antrags- und Beratungsbedarf effizient abzuarbeiten. Wir
34 verdrängen nicht, sondern unterstützen Menschen in Not! Wir treten dafür ein, dass
35 die kostenlosen Mieterberatungen ausgeweitet werden und festes Angebot in jedem
36 Stadtteilzentrum bleiben

38 **Schutz von Mieterinnen und Mietern**

39
40 Bisher kann Anzeigen wegen überhöhter Mieten im Bezirk aufgrund des
41 Personalmangels im Wohnungsamt noch nicht nachgegangen werden. Wir werden
42 das Wohnungsamt schwerpunktmäßig bei der strikten Verfolgung von Anzeigen
43 überhöhter Mieten, der Verbesserung von Beratungsangeboten sowie die
44 Einrichtung einer Taskforce im Wohnungsamt gegen Mietenkriminalität stärken.

45
46 Wir werden dem Wohnungsamt und dem Rechtsamt mehr Personal und eine
47 bessere technische Ausstattung zur Verfügung stellen. Es wird eine Taskforce
48 Mietüberhöhung eingerichtet, die im Bezirk prüft, ob die entsprechenden
49 Mietspiegelvorgaben eingehalten werden. Für Empfängerinnen und Empfänger von
50 Sozialleistungen setzen wir uns dafür ein, dass Zuschüsse zu Beiträgen für
51 Mietervereine erfolgen können, um dadurch auch Rechtsschutz zu gewährleisten.

1
2 Mietschuldner*innen müssen effektiv vor Zwangsräumungen geschützt und
3 Beratungsangebote ausgebaut werden. Wir setzen uns für Beratungs- und
4 Unterstützungsangebote bei allen Großvermietern, inklusive der landeseigenen
5 Wohnungsunternehmen, ein. Dazu gehört auch eine Website mit allen
6 Unterstützungsangeboten für Mieterinnen und Mieter im Bezirk sowie eine
7 flächendeckende Sozialberatung für Anträge (WBS, Wohngeld, Bürgergeld, etc.). Wir
8 setzen uns dafür ein, dass es zusätzliche Unterstützung bei Umzügen innerhalb der
9 Landeseigenen Wohnungsunternehmen gibt, um doppelten Mietzahlungen und
10 höhere Mieten bei „Verkleinerung“ zu vermeiden.

11 12 **Keine Zwangsräumungen und Stromsperrn**

13
14 Marzahn-Hellersdorf ist der Bezirk mit den meisten Stromsperrn. Die Versorgung
15 mit Energie gehört zum Grundbedarf für ein menschenwürdiges Leben, ohne Strom
16 kein Licht, kein warmes Essen, keine Kommunikation, oft keine Heizung. Der
17 Großteil der Sperrn trifft Menschen, die in der Grundversorgung sind. Angesichts
18 der hohen Strom- und Gaspreise braucht es engagierte Maßnahmen gegen
19 Verschuldung, Energiearmut und Energiesperrn.

20 Daher sollten in der Grundsicherung die Energiekosten in der tatsächlichen Höhe
21 übernommen und dynamisiert werden. Strom- und Gassperrn müssen verboten
22 werden. Zwangsräumungen sollten ausgesetzt werden. Das Mindeste wäre die
23 Einführung einer Genehmigungspflicht und behördliche Prüfung. Nur so kann
24 sichergestellt werden, dass insbesondere besonders schutzbedürftigen Haushalten
25 mit Kindern, Schwangeren und auf die Stromversorgung angewiesenen Kranken
26 nicht die nötige Energie abgestellt wird und Sozialbehörden und Jugendämter
27 rechtzeitig aktiv werden.

28 Auch gestaffelte Strompreise mit einem preisgünstigen Grundkontingent können
29 dazu beitragen, Energiearmut künftig zu reduzieren und Sperrn zu vermeiden. Statt
30 bei der Verbraucherzentrale zu sparen, muss gerade in Marzahn-Hellersdorf die
31 Energiespar- und Energieschuldenberatung ausgebaut und abgesichert werden.

32 33 **Marzahn-Hellersdorf braucht bezahlbaren Wohnraum**

34
35 Die Linke setzt sich dafür ein, dass im Bezirk bezahlbarer Wohnraum erhalten bleibt
36 und neuer entsteht. Dort, wo es sinnvoll und möglich ist, sollen Wohn- und
37 Geschäftshäuser mit weiteren Etagen aufgestockt werden, um weniger Fläche
38 zuzubauen. Der Bezirk muss die soziale Wohnraumversorgung aktiv sichern. Wir
39 fordern die verbindliche Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus durch das Land
40 Berlin sowie den verstärkten Erwerb von Grundstücken durch kommunale
41 Wohnungsbaugesellschaften, um steigenden Mieten und Gentrifizierung
42 entgegenzuwirken. Auch im Siedlungsgebiet muss in Zukunft bezahlbarer Wohnraum
43 zum Beispiel durch Geschosswohnungsbau geschaffen werden, um dem
44 Wohnungsmangel entgegenzuwirken.

45
46 Die Linke sieht in den Wohnungsgenossenschaften des Bezirkes wichtige Partner für
47 einen stabilen Wohnungsmarkt und für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in
48 Form von genossenschaftlichem Eigentum. Sie sind wichtige Pfeiler der sozialen
49 Wohnraumversorgung und wirken mietpreisdämpfend. Wir wollen den Zugang zu
50 landeseigenen Grundstücken verbessern und Flächen an Genossenschaften per
51 Erbpacht zu Bedingungen vergeben, die sich am Ertrag ausrichten, der sich mit

1 preisgünstigen bzw. preisgebundenen Wohnungen erzielen lässt.

2

3 Wohnungsneubau allein löst das Problem steigender Mieten jedoch nicht. Weiterhin
4 braucht es einen Mietendeckel bei den Landeseigenen Wohnungsunternehmen und
5 gesetzliche Maßnahmen auf Landesebene zur Sicherung von mietpreisgebundenen
6 Wohnungen. Dazu hat Die Linke Berlin das Sicher-Wohnen-Gesetz entwickelt. Für
7 uns hat eine gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung der kommunalen
8 Wohnungsbestände Vorrang vor Profitorientierung.

9

10 **Stadtentwicklung mit Augenmaß!**

11

12 Marzahn-Hellersdorf hat in den vergangenen einen großen Anteil am Neubau von
13 Wohnungen getragen. Es wird immer offenkundiger, dass die soziale Infrastruktur
14 unseres Bezirks nicht Schritt hält mit dem Wohnungsneubau. Das soziale
15 Infrastrukturkonzept des Bezirks muss dringend und prioritär überarbeitet und zu
16 einem wirkungsvollen und tatsächlich handlungsleitenden Stadtplanungsinstrument
17 weiterentwickelt werden.

18

19 Wir werden alle noch nicht realisierten Nachverdichtungsvorhaben zur Bebauung von
20 Freiflächen innerhalb bestehender Quartiere auf den Prüfstand stellen und für
21 künftige Nachverdichtungen städtebauliche Kriterien festlegen. Ziel ist es, die
22 Anwohner*innen besser zu beteiligen und die Projekte städtebaulich zu qualifizieren.
23 Wo dies noch nicht erfolgt ist, wird das Verfahren nachgeholt und das Projekt
24 solange ausgesetzt (Moratorium). Wir fordern als neue Maxime: Stadtentwicklung mit
25 und nicht gegen die Menschen. Diesen Grundsätzen folgend, fordern wir echte
26 Mitsprache und eine Änderung der Pläne bei verschiedenen Neubauvorhaben im
27 Bezirk.

28

29 Auf beiden Seiten des Helene-Weigel-Platzes sollen nach Investorenplänen neue
30 Hochhäuser in den Himmel wachsen: sowohl auf der Ostseite (ehemaliges Kino
31 Sojus) als auch auf der Westseite (Nahversorgungszentrum). Wir treten für eine
32 städtebauliche Erhaltungsverordnung für den Helene-Weigel-Platz ein und
33 unterstützen die Forderung der Bürgerinitiative vom Helene-Weigel-Platz nach echter
34 Beteiligung der Anwohnerschaft am weiteren Bebauungsplanverfahren sowie
35 Verbesserungen bei Nahversorgung, medizinischer Versorgung, Bürgerdiensten,
36 Kita- und Schulplätzen, Parkplätzen, Klimaschutzstandards und
37 einen Verzicht auf Nachverdichtung. Wir lehnen Pläne für eine weitere Privatisierung
38 landeseigener Grundstücke auf dem östlichen Teil des Helene-Weigel-Platzes ab.

39

40 Die Gebäude der Kleeblattpassage an der Hohensaatener Straße sollen nach
41 Plänen des Investors abgerissen werden. An ihre Stelle sollen neue Wohngebäude
42 treten, die zum Teil deutlich höher als die Gebäude in der unmittelbaren Umgebung
43 werden sollen. Zusätzliche Schul- und Kindergartenplätze sind nicht eingeplant. Wir
44 unterstützen die Forderung der lokalen Bürgerinitiative die Höhe der geplanten
45 Neubauten zu begrenzen, da die jetzt geplante massive Verdichtung in diesem
46 Wohngebiet städtebaulich nicht verträglich ist.

47

48 Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Gewobag will das Tal-Center abreißen
49 und dort hunderte neue Wohnungen bauen. Schon jetzt ist die Infrastruktur im Kiez
50 überlastet. Mit dem Bebauungsplan ließe sich nicht nur die Geschosshöhe eines
51 Neubaus am Center-Standort begrenzen. Damit ließe sich auch die soziale

1 Infrastruktur erhalten und sie kann dem Bevölkerungswachstum angepasst werden.
 2 Weiterer Wohnungsbau im Kiez sollte erst nach einer breiten
 3 Bevölkerungsmitsprache unter Moderation des Bürgerrates sozial verträglich geplant
 4 und umgesetzt werden.

5
 6 Wir unterstützen auch die Bürgerinitiative an der Allee der Kosmonauten 155 mit
 7 ihrer Forderung nach Erstellung eines Bebauungsplanes, um die Infrastruktur vor Ort
 8 langfristig zu erhalten und gegen Investoreninteressen abzusichern.

9
 10 Wir setzen uns ebenso für den Erhalt der Bowlingbahn am Feldberger Ring ein, die
 11 für Luxuswohnungen abgerissen werden soll. Wir fordern das Bezirksamt dazu auf,
 12 zu prüfen, ob für die Bowlingbahn am Feldberger Ring in Hellersdorf Denkmalschutz
 13 geltend gemacht werden kann, da es sich vermutlich um das letzte erhaltene
 14 Exemplar einer sogenannten ESK-Kaufhalle in Hellersdorf handelt, wie sie zu DDR-
 15 Zeiten nach standardisierter Typenbauweise errichtet wurden. Wir fordern einen
 16 Bebauungsplan mit umfassender Bürgerbeteiligung. Wohnungsneubau und Erhalt
 17 der Bowlingbahn ist unser Ziel.

18
 19 Wir werden bau- und ordnungsrechtliche Maßnahmen einleiten die privaten
 20 Eigentümer am Cecilienplatz, die den Platz seit Jahren verkommen lassen, dazu zu
 21 verpflichten zu bauen. Die Situation am Cecilienplatz ist für die Anwohnerschaft
 22 unerträglich geworden. Sollten diese Maßnahmen nicht greifen, muss die
 23 Vergesellschaftung der Grundstücke und die Entwicklung des Cecilienplatzes durch
 24 das Land Berlin mit einem landeseigenen Wohnungsunternehmen auf die
 25 Tagesordnung.

26
 27 **Marzahn-Hellersdorf für alle bezahlbar machen!**

28
 29 Die Bekämpfung von Ausgrenzung, Einsamkeit und Armut ist der Schlüssel für
 30 sozialen Zusammenhalt und für die Stabilität und Funktionsfähigkeit unserer
 31 Demokratie. Eine Gesellschaft, in der immer mehr Menschen das Gefühl haben,
 32 nicht dazuzugehören, verliert ihr Fundament. Während die Zahl der Millionäre und
 33 Milliardäre in Deutschland und auch in Berlin immer weiter zunimmt, wächst
 34 gleichzeitig die Zahl der Menschen, die sich aufgrund ihres Einkommens nicht oder
 35 nicht mehr als vollwertige Mitglieder dieser Gesellschaft sehen und die sich nicht
 36 beachtet, gehört und gesehen fühlen. Das nehmen wir nicht länger hin.

37
 38 Wesentliche Faktoren der Armutsbekämpfung werden auf der Bundesebene
 39 bestimmt. Dazu gehören die Höhe des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns, die
 40 Höhe der Grundsicherung und der Renten. Doch anstatt diesen politischen Hebel
 41 wirksam zu nutzen, um die Armut zu verringern, werden Menschen mit geringen
 42 Einkommen zunehmend gegeneinander ausgespielt. Auf Berliner Ebene wird Die
 43 Linke alle Möglichkeiten nutzen, der falschen Politik der Bundesregierung eine Politik
 44 der Solidarität, der Wertschätzung, der Anerkennung und materiellen
 45 Armutsbekämpfung entgegenzustellen.

46
 47 **Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Bürgergeld / Grundsicherung**

48
 49 Die "Neue Grundsicherung" der Bundesregierung ist der härteste Angriff auf den
 50 Sozialstaat seit der Agenda 2010. Wir fordern ein Ende der Sanktionen und eine
 51 armutsfeste Grundsicherung, die Menschen stärkt und nicht bestraft.

1
2 Was als Bürgergeld-Reform verkauft wird, ist in Wahrheit ein sozialer Kahlschlag und
3 bedeutet im Klartext: härtere Sanktionen, strengere Kontrollen und verpflichtende
4 Arbeitsaufnahme für alle, die auf Unterstützung angewiesen sind. Die
5 Verschärfung der Sanktionen und die Maßgabe, zuerst in Arbeit, statt in Qualifizierung
6 zu vermitteln, sind nicht hilfreich und dienen nur dazu, den Druck auf die
7 Arbeitssuchenden zu erhöhen und Billigjobs anzunehmen.

8
9 Die neue Grundsicherung der Bundesregierung zwingt die Menschen wieder, sofort
10 ihre Wohnung zu verlassen, wenn sie als zu teuer gilt. Diese Politik ist nicht nur
11 unmenschlich, sie ist auch unwirtschaftlich. Die versprochenen Einsparungen werden
12 nicht erreicht werden, da durch die Leistungskürzungen neue Probleme und
13 immense Zusatzkosten entstehen. Wenn Menschen ihre Miete nicht mehr zahlen
14 können, ihre Wohnung verlieren und obdachlos werden, landen sie in
15 Notunterkünften – und die müssen letztlich die Kommunen finanzieren. Wir brauchen
16 Investitionen in langfristige Arbeitsvermittlung, Kinderbetreuung und soziale Teilhabe,
17 nicht eine weitere Verschärfung von Sanktionen, die Armut nur verschärft.

18
19 Als Linke setzen wir uns für ein Ende der Sanktionen ein sowie eine armutsfeste
20 Grundsicherung, die Menschen stärkt, qualifiziert und echte Perspektiven schafft,
21 anstatt sie mit Sanktionen in die Armut zu treiben.
22 Auf der Bundesebene setzen wir uns daher für eine sanktionsfreie individuelle Mindestsicherung
23 von derzeit rund 1.400 Euro inklusive der Wohnkosten ein; in Regionen
24 mit hohen Mieten entsprechend mehr. Der Regelsatz muss mindestens 813 Euro
25 betragen, denn die aktuellen Sätze sind kleingerechnet. Wir wollen in Berlin
26 unsere landesrechtlichen Spielräume nutzen, um die vielfältigen Probleme von erwerbslosen
27 Menschen sowie anderen von Grundsicherungsleistungen betroffenen
28 Menschen, wie etwa Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete
29 oder ältere Personen, die Leistungen nach dem SGB II, SGB XII oder AsylbLG
30 beziehen, weiter in den Blickpunkt zu rücken. Dazu gehören
31 Ombudsstellen sowie Clearingstellen nach § 16a Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).
32 Die Clearingstellen sind ein Erfolgsmodell. Als Hilfelotsinnen, angedockt ans
33 Jobcenter und
34 doch unabhängig davon, nehmen sie den ganzen Menschen in den Blick. Sie vermitteln
35 freiwillig, sanktionsfrei und respektvoll in Sucht- und
36 Schuldner*innenberatungsstellen. Sie unterstützen bei Miet-
37 und psychosozialen Problemlagen oder bei der Sicherung der Kinderbetreuung.
38 In den Jobcentern selbst brauchen wir bessere Betreuungsschlüssel, damit
39 Leistungsbeziehende optimal unterstützt werden.

40
41 Die Beratung zum Bildungs- und Teilhabepaket muss dauerhaft als verlässlicher
42 Bestandteil der sozialen Infrastruktur fortgeführt werden. Um allen Kindern und
43 Jugendlichen den Zugang zu ihren zustehenden Leistungen zu ermöglichen, muss
44 das bestehende Beratungsangebot niedrigschwellig, mehrsprachig, wohnortnah und
45 flächendeckend weiter ausgebaut werden. Ziel ist eine Unterstützungsstruktur, die
46 allen Kindern gleiche Bildungs- und Teilhabechancen eröffnet – unabhängig von der
47 sozialen Situation ihrer Familien.

48
49 **Marzahn-Hellersdorf braucht eine starke inklusive und soziale Infrastruktur**

50
51 Menschen, die in unserem Bezirk von Armut, sozialer Ausgrenzung oder

1 gesundheitlichen und sozialen Beeinträchtigungen betroffen sind, können derzeit
 2 noch auf ein Netz zurückgreifen, das sie
 3 auffängt, berät, begleitet und im Alltag stabilisiert. Dieses Netz bietet Unterstützung b
 4 ei der Sicherung von Wohnraum, hilft bei der Bewältigung persönlicher Krisen,
 5 vermittelt zu spezialisierten Hilfen, eröffnet Zugänge zu medizinischer Versorgung
 6 und psychosozialer Betreuung und stärkt Betroffene dabei, wieder eigenständig am
 7 gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Zu dieser sozialen Infrastruktur gehören die
 8 unabhängigen Sozialberatungen, die Schuldner- und Insolvenzberatungen, die
 9 Beratungen für gute Arbeit und Erwerbslose, Stadtteilzentren, Jugend-, Senior*innen-
 10 und Familientreffs und viele weitere Angebote, die Menschen dabei unterstützen, an
 11 der Gesellschaft teilzuhaben und das Leben in Berlin so lebenswert wie möglich zu
 12 machen.

13
 14

15 Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft mit gleichen Chancen für alle -
 16 unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Status. Soziale Infrastruktur,
 17 Nachbarschaftsarbeit und Beratungsstellen (z.B. Migrationssozialberatung,
 18 Rechtsberatung für Geflüchtete) sollen langfristig finanziert und gestärkt werden.
 19 Wir unterstützen freiwilliges Engagement und kämpfen deshalb auch für eine
 20 finanzielle Absicherung der Arbeit der bezirklichen Freiwilligenagentur.

21

22 **Armut bekämpfen**

23

24 Wir wollen Armut in allen ihren Formen und Dimensionen entschieden bekämpfen.
 25 Besonders besorgniserregend ist die Kinderarmut. Arme Kinder haben schlechteren
 26 Zugang zu Bildung, geringere Berufschancen und weniger Möglichkeiten, das eigene
 27 Leben zu gestalten. Und klar ist: Die Armut der
 28 Kinder ist immer auch durch die Armut der Eltern bedingt und wird über Generati
 29 onen weitervererbt. Wir treten an, um diesen Kreislauf zu durchbrechen. Für die Berliner
 30 Kinder und Jugendlichen wollen wir das kostenfreie Mittagessen an Grundschulen
 31 und das kostenfreie Schülerticket erhalten.

32

33 Kinderarmut ist Familienarmut. Armut ist nicht nur materieller Mangel, sie schließt
 34 junge Menschen auch von gesellschaftlicher Teilhabe, Bildung und einer gesunden
 35 Entwicklung aus. Die Einführung einer Kindergrundsicherung auf Bundesebene ist
 36 gescheitert. Wir werden uns als Linke im Bund weiter für eine echte, armutsfeste
 37 Kindergrundsicherung starkmachen. Wir wollen, dass alle Angebote der öffentlichen
 38 Daseinsvorsorge für Kinder und Jugendliche kostenfrei
 39 sind, ohne komplizierte Anträge und stigmatisierende Bedarfsprüfungen. Für die geb
 40 ührenfreie Kita, den kostenfreien Hortbesuch bis Klasse Drei und kostenfreies Essen
 41 an Grundschulen haben wir bereits gesorgt. Aber es muss weitergehen: Jedes Kind
 42 muss kostenlos ins Schwimmbad gehen oder im Jugendclub kochen können. Dazu
 43 wird Die Linke neue Formen der Gebühren- bzw. Kostenfreiheit prüfen.
 44 Wir sichern die Familien- und Jugendangebote im Bezirk und setzen uns dafür ein,
 45 dass die Tarifmittel Teil der Regelfinanzierung
 46 werden und nicht über verwaltungsintensive Verfahren vergeben werden.

47

48

49 **Soziale Teilhabe und Integration**

50

51 Der Ausbau der sozialen Infrastruktur in unserem Bezirk muss weiter verstärkt

1 werden. Dies umfasst die Förderung und den Erhalt von Stadtteilzentren sowie die
 2 Unterstützung von Bürgerinitiativen, die die sozialen Netzwerke vor Ort stärken.
 3 Diese Zentren sollen als Anlaufstellen für soziale, kulturelle und bildungsbezogene
 4 Angebote dienen. Stadtteilzentren sollen weiterhin Angebote für Gemeinschaft und
 5 gegen Einsamkeit anbieten, die Öffnungszeiten sollen bedarfsgerecht entwickelt
 6 werden.

7
 8 Die Finanzierung der Stadtteilzentren muss verpflichtend erfolgen, nicht mehr als
 9 freiwillige soziale Leistung. Das Land Berlin muss den Bezirken ausreichend Mittel
 10 zur Verfügung stellen, um diese Einrichtungen entsprechend den realen
 11 Bedürfnissen zu finanzieren und ihre Arbeit langfristig zu sichern. Auch wichtige
 12 niedrigschwellige Projekte mit besonderer Bedeutung für den Zusammenhalt in
 13 unserem Bezirk wie die „unbezahlBAR“, Kiezkühlschränke und Umsonstläden wollen
 14 weiter weiter unterstützen und finanzieren. Die bestehenden Quartiersmanagement-
 15 Büros, die mobile Stadtteilarbeit und die BENN-Büros (Berlin entwickelt neue
 16 Nachbarschaften) bilden
 17 wichtige Kerne zivilgesellschaftlicher Netzwerke und sollen gemeinsam mit den
 18 Räumen für Beteiligung echte Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bevölkerung
 19 schaffen. Deshalb fordern wir eine stärkere Unterstützung von Bürgerinitiativen, die
 20 dort Zugang zu Räumen, technischer Ausstattung und finanzieller Unterstützung
 21 erhalten sollen, um Stadtteilarbeit von unten zu ermöglichen. Gleichzeitig soll der
 22 Bezirk die beiden Standorte der Schuldnerberatung weiterhin bedarfsgerecht
 23 finanzieren und ebenso die Mieterberatung sowie die allgemeine soziale Beratung in
 24 den Stadtteilzentren dauerhaft absichern.

25 Wir wollen gesicherte, gut entlohnte Arbeitsplätze in öffentlichen Einrichtungen wie
 26 Stadtteilzentren und anderen sozialen Diensten schaffen, um den Beschäftigten eine
 27 stabile Perspektive und faire Arbeitsbedingungen zu schaffen. Soziale
 28 Arbeit darf nicht von unsicheren Arbeitsmarktmaßnahmen abhängen.

29
 30 Das Sozialamt wollen wir mit ehr Personal ausstatten und digitale Prozesse so
 31 gestalten, dass sie zu einer schnellen Hilfe für Bürger*innen und einer Entlastung der
 32 Beschäftigten führen.

33 **Kiezkantinen**

34
 35
 36 Die Linke will eine Kiezkantine in jedem Berliner Bezirk eröffnen, damit sich alle
 37 Berliner*innen eine warme, gesunde Mahlzeit leisten können. Jeden Tag werden dort
 38 frisch zubereitete Gerichte angeboten, von denen das günstigste immer nur drei Euro
 39 kostet. Damit entwickeln wir ein wirksames Programm gegen die steigenden
 40 Lebensmittelpreise und Mieten – und gegen die Einsamkeit. Die Kiezkantinen sollen
 41 öffentliche Treffpunkte für alle Berliner*innen sein. Wir setzen uns dafür ein, dass
 42 Kiezkantinen in Marzahn und Hellersdorf entstehen. In Hellersdorf setzen wir uns
 43 dafür ein im Dialog mit der Alice-Salomon-Hochschule die vorhandene Kantine
 44 stärker zu öffnen und bezahlbare Preise für alle zu ermöglichen.

45 **Die soziale und sorgende Stadt organisieren**

46
 47
 48 Wir wollen Pilot-Projekte zur Schaffung von Sorgezentren starten, die
 49 Versorgungslücken im Nahraum schließen sollen, den Menschen in der
 50 Nachbarschaft den Zugang und den Raum für gemeinsame Sorgearbeit ermöglicht
 51 und in dem Kunst, Kultur, Gesundheit und andere gemeinwohlorientierte Zwecke

1 Raum finden. Es sollen gemeinschaftliche Räume entstehen, in denen Menschen
 2 zusammenkommen können, ohne etwas kaufen zu müssen. Die konkrete Nutzung
 3 muss in einem niedrighwelligen Beteiligungsprozess erarbeitet werden, in dem die
 4 Nachbarschaft mitentscheidet und vor Ort bereits bestehende Angebote und
 5 Infrastrukturen einbezogen werden. Dafür wollen wir leergefallene Shoppingcenter in
 6 die öffentliche Hand überführen und gemeinschaftlich und demokratisch über
 7 Quartiers-Sorgeräte betreiben. Durch Mischmieten zwischen gewerblichen und
 8 gemeinwohlorientierten Angeboten kann ein tragfähiges Finanzierungskonzept
 9 entwickelt werden.

10 Wir setzen uns in der Hellen Mitte für ein Pilotprojekt zur Umnutzung von
 11 leerfallenden Shopping Malls ein. Wir wollen das Marktplatzcenter zu einem
 12 Sorgecenter ausbauen, um wohnortnahe Angebote des täglichen Bedarfs und der
 13 Teilhabe aller Menschen zu sichern. In dieses Konzept gehören auch die Vollendung
 14 der „Hellen Mitte“ als Zentrum, die Schaffung von bezahlbaren Wohnraum sowie die
 15 klimagerechte Umgestaltung des Alice-Salomon-Platzes.

16

17 **Marzahn-Hellersdorf braucht eine funktionierende Verwaltung**

18

19 Eine bürgernahe, rechtssichere und schnell arbeitende Verwaltung ist essentiell,
 20 denn Menschen mit wenig Geld sind dabei in ganz besonderer Weise auf gut
 21 funktionierende staatliche Strukturen angewiesen und können sich weniger gegen
 22 falsches Verwaltungshandeln wehren. Auch Akteure in der Wirtschaft, von
 23 Einzelunternehmer*innen über die mittelständischen Betriebe bis hin zu großen
 24 Unternehmen brauchen klare Strukturen und Zuständigkeiten. Gerade in diesen
 25 Zeiten existenzieller Herausforderungen muss die Demokratie zeigen, dass sie ein
 26 funktionierendes Gemeinwesen organisieren kann. Trotz der vielfach schwierigen
 27 Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst zeigen sehr viele Mitarbeiter*innen großes
 28 Engagement bei ihrer Tätigkeit, eben weil sie die Bedeutung ihrer Arbeit für das
 29 Funktionieren dieser Stadt kennen. Dafür sind wir ihnen dankbar.

30

31 Wir setzen uns für den Erhalt aller Bürgerämter im Bezirk und die Einrichtung eines
 32 mobilen Bürgeramtes sowie den Ausbau der Onlineangebote (digitaler Bürgerdienst)
 33 ein, damit die Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten in guter Erreichbarkeit,
 34 angemessenen Fristen und guter Qualität regeln können.

35 Unser Ziel ist, dass die Berliner*innen barrierefrei, bedienungsfreundlich und direkt
 36 mit den Behörden und Ämtern kommunizieren können, ob vor Ort oder digital. Die
 37 Verwaltung muss allen Menschen gleichermaßen zugänglich sein und dafür wollen
 38 wir Barrieren abbauen und den Zugang diskriminierungsfrei gestalten.

39

40 **Attraktive Arbeitsbedingungen in den Verwaltungen schaffen**

41

42 Die Mitarbeiter*innen in den Ämtern und Behörden stehen bei der Erfüllung ihrer
 43 Aufgaben unter großem öffentlichem Druck und politischer und medialer Kritik.
 44 Neues, gut qualifiziertes Personal zu binden ist eine große Herausforderung, da in
 45 den nächsten Jahren ein Großteil des Personals in den Ruhestand gehen wird.

46

47 Die Linke wird in Berlin die bereits tariffierte Hauptstadtzulage für alle umsetzen, ein
 48 Besoldungsniveau im Mittel aller Länder anstreben und darüber hinaus Entfristungen
 49 und Aufstiegsmöglichkeiten – das heißt sichere Arbeitsbedingungen und attraktive
 50 Berufsperspektiven innerhalb der Verwaltung schaffen

51

1 Das Angebot flexibler Arbeitszeitmodelle, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie
2 sowie größtmögliche Homeofficemöglichkeiten sollen Standard sein. Gegenüber der
3 Tarifgemeinschaft deutscher Länder werden wir uns als Linke dafür einsetzen, dass
4 die Vier-Tage- bzw. 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich im öffentlichen
5 Dienst für Modellprojekte geprüft wird.

6

7 **Bedarfsgerechte Finanzausstattung der Bezirke**

8

9 Im Rahmen der Verwaltungsreform haben wir endlich das Konnexitätsprinzip in der
10 Verfassung verankert, so dass die Bezirke zukünftig die entsprechenden finanziellen,
11 personellen und räumlichen Ressourcen erhalten, wenn sie neue Aufgaben
12 übernehmen müssen. Das grundsätzliche Problem der Unterfinanzierung der Bezirke
13 für die bereits bestehenden Aufgaben ist damit jedoch noch nicht gelöst.

14

15 Wir wollen starke Bezirke und eine verbindliche Bezirkspolitik. Das wird nur erreicht
16 mit der Sicherung der Handlungsfähigkeit der Bezirke mit einer klaren und ehrlichen
17 Ressourcenverteilung, in dem das Finanzierungssystem der Bezirke grundsätzlich
18 geändert wird. Die Budgetierung auf Grundlage des betriebswirtschaftlichen
19 Instruments der Kosten-Leistungs-Rechnung führt zu Fehlanreizen bei der
20 Angebotsplanung und -qualität und spielt damit die Bezirke in einem Null-Summen-
21 Spiel gegeneinander aus. Es bietet keine strategische Perspektive für eine qualitative
22 und bürgernahe Verwaltung. In einem neuen Bezirksfinanzierungssystem muss die in
23 der Verfassung vorgesehene Globalsumme bedarfsgerecht und auf transparente
24 Weise ermittelt werden. Im Zuge der Neuordnung der Bezirksfinanzen müssen auch
25 Faktoren wie die soziale Lage, die Bevölkerungsentwicklung, die allgemeine
26 Zufriedenheit und Flächenfaktoren stärker bei der Mittelverteilung berücksichtigt
27 werden.

28

29 **Starke Bezirke und klare Verantwortung des Senats**

30

31 Die Bezirke mit ihren Verwaltungen, Bezirksämtern und
32 Bezirksverordnetenversammlungen kennen ihre Kieze am besten. Deshalb braucht
33 es genau diese starken Bezirke mit den notwendigen Ressourcen. Wir werden wir
34 uns für eine bessere Bezahlung der öffentlich Beschäftigten einsetzen: Altersarmut in
35 den niedrigen Gehaltsgruppen muss verhindert werden. Wir müssen
36 Missverhältnisse von Hauptverwaltung im Vergleich zu den Bezirken überwinden.
37 Damit die Bezirke ihre Stellen auch gut besetzen können, müssen die schlechtere
38 Arbeitsplatzausstattung und schlechtere Bezahlung aufgrund der Bewertungen
39 beendet werden.

40

41 **Katastrophenschutz**

42

43 Katastrophenschutz ist auch eine Frage sozialer Sicherheit. Niemand darf im
44 Ernstfall im Kalten und Dunklen sitzen bleiben. Wer arm, alt oder krank ist oder allein
45 lebt, hat oftmals keine Alternativen und kann sich nicht einfach ein warmes Plätzchen
46 leisten. Es ist die Aufgabe des Senats und der Bezirke die nötige Unterstützung
47 sicherzustellen.

48

49 Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf verfügt noch nicht über die technischen und
50 räumlichen Voraussetzungen für eine externe Notstromspeisung, und auch die
51 Gelder hierfür liegen noch nicht vor. Auch die Katastrophenschutzleuchttürme in der

1 Premnitzer Straße und der Riesaer Straße sind derzeit noch nicht aktiv und eine
2 praktische Übung zum Szenario eines langanhaltenden Stromausfalles hat noch
3 nicht stattgefunden. Die personelle Ausstattung für den Katastrophenschutz ist nicht
4 ausreichend.

5 Wir setzen uns dafür ein, dass die entsprechenden Ressourcen in die Vorsorge für
6 den Katastrophenfall fließen und auch Vorbereitungen auf mögliche Notfälle
7 stattfinden.

8

9 **Familien unterstützen**

10

11 Wir setzen uns dafür ein, dass alle Formen des freiwilligen Zusammenlebens von
12 Menschen, die Kinder erziehen oder Hilfsbedürftige betreuen, unterstützt werden. Wir
13 setzen uns für die Rechte von Alleinerziehenden, Patchwork- und Soloeltern,
14 Regenbogen- und Pflegefamilien ein. Wir unterstützen alle Familienformen und
15 wollen Strukturen schaffen und ausbauen, die sie im Alltag konkret brauchen.

16

17 Alleinerziehende sind besonders häufig von prekären Arbeitsbedingungen und schle-
18 chter Bezahlung betroffen. Wir werden die Netzwerkstrukturen für Alleinerziehende
19 gezielt ausbauen und ihre soziale und finanzielle Absicherung verbessern. Die Linke
20 will bestehende Landesprogramme für Alleinerziehende fortführen und ausbauen:
21 durch bessere Möglichkeiten, Schul- und Berufsabschlüsse nachzuholen, mehr
22 Teilzeitausbildungsplätze sowie eine verlässliche, langfristige Begleitung und
23 Beratung. Die Aufnahme und Ausübung von Erwerbsarbeit sowie die Teilhabe am
24 gesellschaftlichen Leben wollen wir erleichtern, indem Kinderbetreuung auch über
25 die üblichen Zeiten hinaus angeboten und ermöglicht wird.

26

27 Wir erwarten vom Land Berlin eine sachgerechte Ausstattung mit Personal und
28 finanziellen Ressourcen. Angebote für Familien, wie zum Beispiel der
29 Familiengutschein für alle Eltern von Neugeborenen, eine Erziehungsberatung,
30 Eltern-Kind-Gruppen oder das Programm „Frühe Hilfen“ sollen gesichert und
31 ausgeweitet werden. Die Beratungskapazität der öffentlich finanzierten Erziehungs-
32 und Familienberatungsstellen und der regionalen sozialpädagogischen Dienste des
33 Jugendamtes sollen deutlich erhöht werden. Familien haben Anspruch auf Hilfe und
34 auf Sozialarbeiter*innen, die Zeit für sie haben.

35 Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Hilfen zur Erziehung ein.
36 Diese soll frühzeitig zur Verfügung stehen und so wirken, dass den Kindern und
37 Familien geholfen werden kann, ehe schwerwiegende Probleme entstehen.

38 Die Finanzierung der Hilfen zur Erziehung muss in gemeinsamer Verantwortung von
39 Land und Bezirken neu ausgerichtet werden. Kein Bezirk soll auf den Mehrkosten
40 sitzen bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Voraussetzungen für die
41 Erbringung von Hilfen zur Erziehung in kommunaler Verantwortung geschaffen
42 werden.

43

44 **Kinder- und Jugendhilfe braucht verlässliche Strukturen und gute Arbeit**

45

46 Angebote der Kinder- und Jugendhilfe dürfen auch bei knapper Kassenlage keine
47 Verhandlungsmasse sein. Wir wollen kommunale Angebote stärken, gleichzeitig
48 bleiben gemeinnützige und tarifgebundene Freie Träger unsere unverzichtbaren
49 Partner. Dazu prüfen wir, wie Zuwendungszeiträume verlängert werden können.
50 Mittelfristig sprechen wir uns für eine neue Finanzierungslogik und eine Abkehr vom
51 Projekt-

1 Charakter der Kinder- und Jugendhilfe aus, denn kontinuierliche Beziehungsarbeit erf
 2 ordert langfristige, verlässliche Förderstrukturen.

3
 4 Weiterhin setzen wir uns für eine Zweckbindung der Mittel für die gesamte Kinder-
 5 und Jugendhilfe ein: Geld, das für Jugendclubs vorgesehen ist, muss auch bei den
 6 Jugendclubs ankommen und darf von den Bezirken nicht für andere Zwecke
 7 ausgegeben werden.

8 Wir wollen, dass alle Angebote der Kinder-
 9 und Jugendhilfe von qualifizierten Beschäftigten in guter Arbeit erbracht werden: Die
 10 Linke setzt sich für eine Tarifbindung im Zuwendungsbereich und bei öffentlichen
 11 und Freien Trägern ein.

12 13 **Hilfen zur Erziehung – Strukturen ändern**

14
 15 Die Hilfen zur Erziehung (HzE) umfassen ein weites Spektrum an Hilfe- und
 16 Förderleistungen für Kinder, junge Menschen und Familien in herausfordernden
 17 Lebenslagen. Die finanzielle Absicherung der Leistungen erfolgt über die
 18 bezirklichen Haushalte, welche allerdings nicht ausfinanziert sind. Die Linke wird für
 19 eine verlässliche, frühzeitige und bedarfsgerechte Bereitstellung von HzE eintreten,
 20 Qualitätsstandards absichern, die finanzielle und personelle Ausstattung verbessern
 21 und Haushaltszwänge niemals über die konkrete Ausgestaltung der individuellen
 22 Hilfen entscheiden lassen. Für umfassend arbeitsfähige Jugendämter müssen die
 23 Kosten für die HzE vom Land Berlin in vollem Umfang getragen werden.

24
 25 Die Linke steht für eine starke öffentliche Verantwortung in der Jugendhilfe. Wir wolle
 26 n die Abhängigkeit von marktwirtschaftlichen Mechanismen beenden und die
 27 Steuerungshoheit der Jugendämter zurückgewinnen. Dazu werden wir den Aufbau
 28 eigener kommunaler Angebote (Rekommunalisierung) vorantreiben – insbesondere
 29 zur Absicherung von Notfällen und dort, wo private Märkte versagen. Ziel ist ein
 30 starker öffentlicher Kern, der (Qualitäts-)Standards setzt und Krisenfestigkeit
 31 garantiert. Gleichzeitig erkennen wir den hohen Wert der Trägervielfalt an.
 32 Gemeinnützige, tarifgebundene Freie Träger bleiben unverzichtbare Partner, um
 33 passgenaue Schutzräume und vielfältige pädagogische Ansätze zu gewährleisten.

34 35 **Regionaler Sozialer Dienst und Kinderschutz**

36
 37 Der Regionale Soziale Dienst (RSD) braucht eine Personaloffensive: Wir streben
 38 eine deutliche Reduktion des fallzahlorientierten Personalstandards an. Die Arbeit im
 39 RSD muss attraktiver werden: Wir setzen uns für ein verbindliches Recht auf
 40 regelmäßige Supervision und Fortbildung ein.

41
 42 Den Kinderschutz wollen wir mit den Schwerpunkten Prävention und Frühe
 43 Hilfen weiter fördern und konzeptionell weiterentwickeln. Der Hausbesuch nach der
 44 Geburt eines Kindes muss sichergestellt werden. Dazu gehört auch die sachgerechte
 45 Ausstattung des öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD). Alle Einrichtungen, in
 46 welchen sich junge Menschen mehrere Stunden am Tag aufhalten, sollen zur
 47 Erstellung und Umsetzung von Schutzkonzepten gegen sexualisierte und körperliche
 48 Gewalt, die unter Beteiligung der Kinder und Jugendlichen erarbeitet werden,
 49 verpflichtet werden.

50 51 **Diskriminierungssensible Jugendarbeit und Inklusion**

1
2 Wir setzen uns für eine diskriminierungssensible Jugendarbeit ein. Jugendarbeit
3 muss ein sicherer Ort für alle sein, mit Empowerment-Ansätzen,
4 zielgruppengerechter politische Bildung, (digitaler) Gewaltprävention und
5 Diversitätsmanagement in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit. Wir setzen
6 uns für Antirassismus sowie für feministische und queere Projekte ein, damit jeder
7 junge Mensch in unserem Bezirk gleichberechtigt mitgestalten kann.

8
9 Wir werden sicherstellen, dass Einrichtungen der offenen Jugendarbeit baulich,
10 personell und konzeptionell so ausgestattet werden, dass junge Menschen mit
11 Beeinträchtigungen ein selbstverständlicher Teil der Gemeinschaft sind. Dafür
12 braucht es auch eine bessere Ausgestaltung der Schnittstellen zwischen Jugendhilfe,
13 Sozialhilfe und Schule, insbesondere in Hinblick auf klare Zuständigkeiten. Zudem
14 muss Politik verständlich sein: Wir setzen uns dafür ein, dass politische
15 Informationen für junge Menschen in einfacher Sprache und in zielgruppengerechten
16 Formaten zur Verfügung gestellt werden.

17 18 **Antifaschismus und Meinungsfreiheit**

19
20 Rechtsextreme werben vermehrt unter Jugendlichen für ihr Weltbild, suchen sich
21 Zugang zu Jugendfreizeiteinrichtungen oder sprechen gezielt offene Bedürfnislagen
22 von Jugendlichen an. Hier brauchen wir eine Stärkung der bezirklichen
23 Straßensozialarbeit sowie klare Handlungsanweisungen, Zuständigkeiten und
24 Meldekettens, die bei akuten Vorkommnissen deeskalierend wirken und die
25 Betroffenen schützen. Wir werden zielgruppenspezifische Maßnahmen ausbauen,
26 die begünstigende Faktoren wie eigene Gewalterfahrungen, erschwerte
27 Bildungszugänge sowie fehlende berufliche und soziale Integration abmildern.
28 Angebote zur Bekämpfung von Kinderarmut müssen enger miteinander verzahnt
29 werden, denn soziale Ungerechtigkeit macht junge Menschen nachweislich anfälliger
30 für autoritäres Gedankengut. Die Meinungsfreiheit der Träger der Jugendarbeit ist
31 dabei ein hohes Gut, das eine differenzierte Auseinandersetzung mit Extremismus
32 und Demokratiefeindlichkeit erst ermöglicht und das die Linke vehement verteidigt.

33 34 35 **Demokratie verteidigen**

36
37 Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft mit gleichen Möglichkeiten für alle –
38 unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Status. Demokratie bedeutet für
39 uns auch und vor allem soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung und Förderung
40 zivilgesellschaftlichen Engagements. Die Linke steht für eine offene, vielfältige,
41 tolerante, demokratische Gesellschaft. Demokratie verteidigen heißt, soziale
42 Gerechtigkeit zu stärken und zugleich
43 rechtspopulistischer Hetze und Spaltung der Gesellschaft durch gemeinsames
44 Handeln aller Demokratinnen und Demokraten zu begegnen.
45 Wir unterstützen die bezirkliche Koordinierungsstelle für
46 Demokratieentwicklung und fordern deren Stärkung sowie die weitere Förderung von
47 Demokratieprojekten.

48 49 **Antifaschismus**

50
51 Berlin und auch Marzahn-Hellersdorf ist bunt und vielfältig. Damit dies auch so bleibt,

1 steht DIE LINKE als starke antifaschistische Kraft an der Seite aller, die sich gegen
 2 Hass, Hetze und Ausgrenzung stellen und für eine solidarische Stadt
 3 kämpfen. Während die autoritäre Rechte weltweit auf dem Vormarsch ist, träumt auc
 4 h hier die AfD von der Machtübernahme und der millionenfachen Vertreibung unserer
 5 Nachbar*innen, Freund*innen und
 6 Kolleg*innen. Statt dem entschieden entgegenzutreten, befeuert die Politik der Bund
 7 esregierung und auch des Berliner Senats diesen Rechtsruck weiter: mit Hetze
 8 gegen migrantische Menschen, Druck auf Erwerbslose und einer Politik der
 9 Militarisierung und Aufrüstung statt Frieden und sozialer Gerechtigkeit. Auf diesem
 10 Nährboden gedeihen die menschenverachtenden und autoritären Ideologien der
 11 extremen Rechten.

12
 13 Wir werden uns für einen breiten Konsens aller demokratischen Parteien im
 14 Bezirksparlament stark machen, der bei parlamentarischen Initiativen und Prozessen
 15 jegliche Zusammenarbeit mit der AfD ausschließt.

16

17 **Stärken der antifaschistischen Zivilgesellschaft**

18

19 Angesichts rapider ansteigender extrem rechter, neonazistischer Vorfälle, gerade
 20 auch durch Jugendliche und junge Erwachsene, müssen unsere bezirklichen
 21 Beratungsangebote, die Opferhilfe, Register und Beschwerdestellen strukturell wie
 22 finanziell gestärkt und ausgeweitet werden. Programme zur Prävention und
 23 Deradikalisierung müssen gestärkt und ausgeweitet werden. Dazu gehören
 24 Beratungsangebote zur Distanzierung von extrem rechten Szenen, digital orientierte
 25 Präventionsformate gegen Propaganda sowie sozialräumliche Programme, die
 26 Jugendlichen Alternativen zu gewaltorientierten Gruppenidentitäten eröffnen.
 27 Prävention muss sich dabei gegen die vielen Ausprägungen von
 28 Ungleichheitsdenken und antidemokratische Einstellungen richten, neben extrem
 29 rechten, neonazistischen Ideologien also etwa auch gegen Antifeminismus,
 30 Alltagsrassismus, Antisemitismus oder Verschwörungsdenken und religiös
 31 fundamentalistischen Einstellungen.

32 Engagierten, die sich für Demokratie und Menschenrechte und gegen rechte Hetze u
 33 nd Gewalt einsetzen, wollen wir weitere Qualifizierungsmöglichkeiten anbieten.

34

35 **Informieren und Mitbestimmen im Bezirk**

36

37 Die Linke steht für die Entwicklung und Stärkung unseres Bezirkes als Kommune
 38 der Bürgerinnen und Bürger. Das heißt die Menschen müssen bei den Vorhaben des
 39 Bezirkes frühzeitig und umfassend beteiligt werden. Dazu gehört die
 40 Information der Bürgerinnen und Bürger durch regelmäßig stattfindende
 41 Einwohnerversammlungen des Bezirksamtes und der
 42 Bezirksverordnetenversammlung in den Stadtteilen. Bau- und Infrastrukturvorhaben
 43 müssen frühzeitig kommuniziert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die
 44 Auslegung von Bebauungsplänen künftig regelmäßig nicht nur im Rathaus, sondern
 45 auch vor Ort in öffentlichen Einrichtungen erfolgt. Dafür werden wir die personellen
 46 Voraussetzungen im Bezirksamt schaffen.

47

48 Wir stehen für einen bunten vielfältigen Bezirk als gleichberechtigte Partnerin mit den
 49 anderen demokratischen Kräften. Die Bewohnerinnen und Bewohner unseres
 50 Bezirks müssen sich einmischen, mitmachen und ihren Kiez und Bezirk gestalten
 51 können. Das geschieht in Vereinen oder Bürgerinitiativen, im Bündnis für Demokratie

1 und Toleranz, in vielfältigen Strukturen und bei Veranstaltungen wie „Schöner leben
2 ohne Nazis“. Die Durchführung von kleinen Kiezprojekten und Nachbarschaftsfesten
3 muss künftig viel einfacher und unbürokratischer erfolgen können. Für die
4 Organisation von Festen in den Kiezen werden wir eine Nachbarschaftskasse
5 einrichten. Dazu gehört auch, dass wir öffentliche Räume für Versammlungen von
6 Bürgerinnen und Bürgern und Vereinen sowie Parteien zur Verfügung stellen
7

8 Wir setzen uns dafür ein, dass alle Wahllokale barrierefrei erreichbar sind.
9

10 **Bürgerhaushalt als Baustein der direkten Demokratie**

11
12 Wir setzen uns für die Weiterführung und Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltes
13 ein. Auch in Zukunft werden wir uns dafür engagieren, dass dieses Instrument der
14 direkten Demokratie zur Anwendung kommt und den aktuellen Bedürfnissen
15 angepasst wird. Der Bürgerhaushalt sollte jedes Jahr durchgeführt werden, um lange
16 Bearbeitungs- und Umsetzungszeiten zu verkürzen. Regelmäßig sollte über den
17 Stand der Realisierung beschlossener Vorschläge von Bürgern berichtet und somit
18 Rechenschaft über Verwaltungshandeln abgelegt werden. Dies soll vor allem im
19 Rahmen von Einwohnerversammlungen erfolgen.

20 Onlineangebote und Onlineabstimmungen müssen weiterentwickelt werden und an
21 die Anforderungen der modernen Kommunikation angepasst werden. Der
22 Onlinezugang ist barrierearm und in leichter Sprache bereitzustellen.

23 Wir setzen uns für die Fortführung des Bürgerbudgets in Höhe von mindestens
24 200.000 € je Haushaltsjahr zur Umsetzung von Vorschlägen der Bürgerinnen und
25 Bürger ein.
26

27 **Marzahn-Hellersdorf – Bezirk des Friedens, der Erinnerung und Mahnung**

28
29 Die Linke tritt dafür ein, dass sich der Bezirk Marzahn-Hellersdorf im Rahmen seiner
30 Möglichkeiten für Frieden, Entspannung und Vertrauensbildung sowie für eine
31 würdige und die aktuellen Herausforderungen einbindende Erinnerungskultur
32 einsetzt und entsprechende zivilgesellschaftliche Initiativen wertschätzt und fördert.
33 Dazu gehören insbesondere die Pflege und der Ausbau internationaler Beziehungen
34 im bezirklichen Rahmen. Marzahn-Hellersdorf ist seit 2004 Mitglied der
35 internationalen Organisation "Mayors for Peace". Das Bezirksamt sollte hierzu eigene
36 Initiativen entwickeln und den Erinnerungspfad Hiroshima/Nagasaki stärker in das
37 Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken.

38 Wir wollen gemeinsam mit dem Städtepartnerschaftsverein die
39 Städtepartnerschaften des Bezirks mit Leben erfüllen. Das Bezirksamt und die
40 Bezirksverordnetenversammlung sollen ihre Verantwortung wahrnehmen und
41 zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine auf diesem Gebiet unterstützen.
42

43 Schüleraustausche und Möglichkeiten für internationale Begegnungen wollen wir
44 fördern, ebenso wie Exkursionen von Schülergruppen zu nationalen und
45 internationalen Gedenkstätten. Wir stehen für eine mit Leben erfüllte
46 Erinnerungskultur, die erinnert und mahnt, aber auch den Bezug zu aktuellen
47 Herausforderungen aufzeigt. Wir erinnern an jüdisches Leben im Bezirk sowie an
48 den antifaschistischen Widerstand während der Nazi-Zeit, sowie an besondere
49 Persönlichkeiten, die sich unter großer Gefahr für den Schutz von Jüdinnen und
50 Juden einsetzten.
51

1 Unsere bezirklichen Gedenkorte und Mahnmale müssen gepflegt und erhalten
 2 werden. Sie sollten gut sichtbar auf der Internetpräsenz des Bezirksamtes dargestellt
 3 werden. Stolpersteine, die an Menschen erinnern, die in der Zeit von 1933 bis 1945
 4 von den Nationalsozialisten verfolgt wurden, sind zu pflegen und sichtbar zu
 5 erhalten.

6 Besondere Anlässe sind würdig zu begehen, wie etwa der 27. Januar, der 21. April,
 7 der 8. Mai, der 2. August und der 9. November.

8
 9 Wir wollen das „Erste befreite Haus“ an der Landsberger Allee nach seiner
 10 umfassenden Sanierung und Nutzung für soziale Anliegen, weiterhin in die
 11 Gedenkkultur einbeziehen.

12
 13 Wir fördern die Vermittlung von und die kritische Auseinandersetzung mit
 14 Geschichte, insbesondere mit der des antifaschistischen Widerstandes 1933 – 1945
 15 als auch mit der DDR-Geschichte. Wir kämpfen gegen das Vergessen, Relativieren
 16 und Umschreiben von Geschichte.

17

18 **Nicht kriegstüchtig sondern friedentüchtig!**

19

20 Bei aller Notwendigkeit, internationale Realitäten und Herausforderungen an
 21 Katastrophenschutz und Landesverteidigung zu berücksichtigen, stellt sich die Linke
 22 gegen eine Militarisierung des öffentlichen Lebens im Bezirk. Die Bundeswehr sollte
 23 nicht in Schulen werben. Schule muss ein geschützter Raum für Bildung, persönliche
 24 Entwicklung und kritisches Denken sein. Statt militärischer Werbung soll die zivile
 25 Berufsorientierung gestärkt werden.

26

27 Der Bezirk soll sich nicht an Werbekampagnen der Bundeswehr beteiligen und das
 28 Land Berlin auffordern, Bundeswehrwerbung im öffentlichen Raum grundsätzlich zu
 29 beenden. Politische Bildung muss friedensorientiert, unabhängig und frei von
 30 Werbeinteressen sein. Deshalb unterstützen wir Schülerinitiativen, die sich für
 31 Friedensbildung, Kriegsdienstverweigerung sowie gegen Werbung und Präsenz der
 32 Bundeswehr an Schulen einsetzen.

33

34 Die Linke ist gegen eine Wiedereinsetzung der Wehrpflicht für alle Männer und
 35 fordert Unterstützung für Beratungsangebote für Wehrdienstverweigerer. Das Recht,
 36 den Dienst an der Waffe zu verweigern, ist ein Grundrecht – Ausdruck von
 37 Gewissensfreiheit und persönlicher Verantwortung. Die Linke sieht in der
 38 Wehrdienstverweigerung keinen Akt der Verweigerung gegenüber der Gemeinschaft,
 39 sondern einen Akt des Mutes und des Friedenswillens. Wer sich entscheidet, keine
 40 Waffe in die Hand zu nehmen, verdient Unterstützung und Respekt. Deshalb wird Die
 41 Linke Menschen bei der Wehrdienstverweigerung unterstützen. Wir werden über ‚Die
 42 Linke Hilft‘ eigene Beratungs- und Informationsangebote fördern, aufklären, über
 43 rechtliche Möglichkeiten und solidarische Netzwerke stärken.

44

45 **Bildung und Ausbildung**

46

47 Gute Bildung für alle ist eine zentrale Voraussetzung für Teilhabe in einer
 48 demokratischen und solidarischen Gesellschaft. Sie hilft, Armut zu bekämpfen, und
 49 darf nicht davon abhängen, in welchem Berliner Bezirk Kinder und Jugendliche
 50 aufwachsen. Ziel muss sein, dass alle jungen Menschen – unabhängig vom
 51 Einkommen ihrer Eltern – die gleichen Chancen und Voraussetzungen für ihre

1 Zukunft erhalten. Deshalb soll Bildung allen Kindern und Jugendlichen kostenfrei zur
 2 Verfügung stehen: durch den Besuch einer Kita, durch die Bereitstellung aller
 3 notwendigen Lernmaterialien in der Schule, durch einen möglichen Hortbesuch für
 4 alle Grundschulkinder sowie durch ein ÖPNV-Ticket und ein warmes, gesundes
 5 Mittagessen für alle Schüler*innen.

6
 7 Wir wollen die Berliner Schule endlich zu einem Ort der Bildungsgerechtigkeit zu
 8 machen. Aufgabe von Schule ist die umfassende Persönlichkeitsbildung jedes und
 9 jeder einzelnen Schüler*in. Am Lebens- und Lernort Schule werden die Grundlagen
 10 für Teilhabe an einer demokratischen, inklusiven und solidarischen Gesellschaft und
 11 für ein selbstbestimmtes Leben gelegt.

12
 13 Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass der Zugang zu qualitativ hochwertiger
 14 Bildung nicht von der finanziellen Situation der Eltern oder dem Stadtteil, in dem man
 15 wohnt, abhängt und dass die Berliner Schule den Lebensrealitäten all ihrer
 16 Schüler*innen gerecht werden kann. Wir lassen kein Kind zurück!

17
 18 **Kita: Gezielter Ausbau von Kitaplätzen und mehr Qualität!**

19
 20 Wir bekennen uns zum Recht eines jeden Kindes auf hochwertige frühkindliche Bildu
 21 ng, Erziehung und Betreuung, die seine ganzheitliche Entwicklung fördern. Kitas sind
 22 Bildungseinrichtungen und sollen interdisziplinär arbeiten.

23 Für ein qualitativ hochwertiges Kita-
 24 Angebot mit gelingender Sprachförderung, Inklusion und Kinderschutzsicherung brau
 25 chen Kitas eine sachgerechte und an wissenschaftlich
 26 Erkenntnisse geknüpfte Raum- und Personalausstattung. Es braucht mehr
 27 Kitaplätze, Weiterbildung für Erzieher*innen im interkulturellen Kontext und Zugang
 28 zu Sprachmittlern.

29
 30 Die Linke setzt sich dafür ein, Kinderbetreuungsangebote den flexiblen Arbeitszeiten
 31 der Eltern anzupassen und in den Kitas einen Personalschlüssel bei Kindern von 0
 32 bis 3 Jahren von einer pädagogischen Fachkraft für 3 Kinder und bei Kindern ab 4
 33 Jahren von 6 Kindern anzustreben. Eine Absenkung des Personalkostenbasiswertes
 34 muss verhindert werden.

35
 36 Für Die Linke sind für ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben qualitativ
 37 hochwertige Angebote der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung und der
 38 Familienarbeit von grundlegender Bedeutung. Deshalb setzen wir uns im Kita-
 39 Bereich für eine vorbehaltlose Umsetzung des Anspruchs auf inklusive Förderung für
 40 Kinder, die eine zusätzliche Unterstützung für ihre weitere Entwicklung benötigen,
 41 ein. Wir wollen besondere Begabungen fördern und eine individuelle
 42 Sprachförderung für alle Kinder, unabhängig von der Herkunftssprache, ermöglichen.

43
 44 Auch in Marzahn-Hellersdorf müssen weiterhin neue Kitaplätze geschaffen werden,
 45 um Ungerechtigkeit beim bisherigen Ausbau auszugleichen. Wir setzen einen
 46 Schwerpunkt darauf neue Kitaplätze in Hellersdorf-Norf zu schaffen, wo es
 47 nachweislich weiterhin deutliche Defizite bei der Versorgung gibt.

48
 49 **Stärkung der Gemeinschaftsschulen**

50
 51 Die Linke tritt für eine Stärkung der Gemeinschaftsschulen ein, denn hier kann es

1 besonders gut gelingen, den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abzukoppeln.
2 Neue Schulen sollen vorrangig als Gemeinschaftsschulen geplant und gegründet
3 werden – als Schulen des gemeinsamen Lernens von der Einschulung bis zum
4 Abitur. Wir wollen erreichen, dass endlich auch in Marzahn-Hellersdorf an
5 Gemeinschaftsschulen bis zum Abitur gelernt werden kann. Deshalb setzen wir uns
6 für gymnasiale Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen in Marzahn-Hellersdorf ein!

7

8 **Guter Ganzttag für alle**

9

10 Schule muss Raum für Lernen und ebenso für Freizeit, Sport und Spiel sein. Für die
11 ersten und zweiten Klassen wurde bereits ein kosten- und bedarfsprüfungsfreier
12 Zugang zur ergänzenden Förderung und Betreuung (Hort) ermöglicht. Wir setzen uns
13 dafür ein, dass das auch für die 3. und 4. Klassen möglich wird. Eltern müssen sich
14 darauf verlassen können, dass sich ihr Kind sicher bis 16.00 Uhr in der Schule
15 aufhalten kann. Auch in den Oberstufen müssen nachhaltige Bedingungen für
16 Ganztagskonzepte geschaffen werden, die alle Schüler*innen ansprechen.

17

18 **Lehrkräftemangel in Schulen des Bezirks beenden**

19

20 Um den Lehrkräftemangel an den Schulen des Bezirks zu beenden, braucht es eine
21 stärkere zentrale Steuerung durch den Senat, die langfristige Sicherung
22 ausreichender Studienplätze an den Berliner Universitäten sowie deutlich bessere
23 Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte und Referendar*innen.
24 Zusätzlich müssen Schulen stärker durch multiprofessionelle Teams unterstützt
25 werden, damit Unterricht und individuelle Förderung verlässlich gewährleistet werden
26 können.

27

28 **Wer besondere Unterstützung beim Lernen braucht, muss sie bekommen**

29

30 Wir fordern auf dem Stand des Schuljahres 2024/25 die Sicherung aller
31 Schulstationen, ausreichende Mittel für das Bonusprogramm an Brennpunktschulen,
32 die Fortführung und Finanzierung des produktiven Lernens – auch an der Alice-
33 Salomon-Hochschule sowie eine verlässliche Ausstattung der Schulen mit
34 Schulsozialarbeit und die Verstärkung der Schulhilfe.

35 **Inklusive Schulen**

36

37 Jeder Mensch, ob mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder mit Hochbegabung,
38 ist einzigartig und muss in seinen Besonderheiten anerkannt und gefördert werden.
39 Das im Schulgesetz verankerte Recht auf die inklusive Beschulung in einer
40 Regelschule muss wohnortnah umgesetzt werden können. Deshalb fordert Die Linke
41 den barrierefreien Umbau aller Schulen, kleinere Klassen und angepasste
42 Personalschlüssel sowie gut ausgebildetes und ausreichend vorhandenes Personal.
43 Schulen sollen zusätzlich durch multiprofessionelle Teams unterstützt werden.
44 Wichtig ist dabei, dass diese Teams ergänzend eingesetzt werden und nicht an die
45 Stelle von Lehrkräften treten. Darüber hinaus müssen mehr Sozialarbeiterinnen und
46 Psycholog*innen ihre Arbeit an den Schulen aufnehmen, und jede Schule braucht
47 eine eigene, voll ausgestattete Verwaltungsleitung, um das gesamte Kollegium
48 spürbar zu entlasten.

49

50 Laut UN-Kinderrechtskonvention hat jedes Kind das Recht auf Bildung, egal in
51 welchem Land es geboren wurde oder wo es heute lebt. Deshalb wollen wir eine

1 schnelle Einschulung von geflüchteten Kindern.

2

3 **Selbstbestimmung für Kinder und Jugendliche**

4

5 Wir setzen uns für verbindliche Rede- und Beteiligungsrechte junger Menschen in
6 der Bezirksverordnetenversammlung, im Jugendhilfeausschuss und allen anderen
7 relevanten Gremien ein, denn ob Bildung, Verkehr, Kultur, Stadtentwicklung oder
8 Sicherheit – Entscheidungen in all diesen Politikfeldern nehmen unmittelbar Einfluss
9 auf die Lebenswirklichkeiten junger Menschen. Die Linke unterstützt das Kinder- und
10 Jugendparlament Marzahn-Hellersdorf und setzt sich für den Fortbestand sowie eine
11 auskömmliche Finanzierung der Schülerhaushalte ein, damit auch Kindern und
12 Jugendlichen die Möglichkeit zur Mitbestimmung gegeben wird. Allen Schüler*innen
13 soll es ermöglicht werden durch die Bereitstellung eines festen Budgets die
14 Möglichkeit zu erhalten, mit ihren Ideen ihr schulisches Umfeld zu verändern.
15 Gleichzeitig sollen weitere unbürokratische Möglichkeiten geschaffen werden, damit
16 Kinder und Jugendliche eigene Projekte selbst verwirklichen können.

17

18 **Freiräume für Jugendliche**

19

20 Jugendliche brauchen Räume jenseits von Schule, Elternhaus und Kommerz, in
21 denen sie sich selbstbestimmt treffen, ausprobieren und gestalten können. Ob
22 Jugendclub, Abenteuerspielplatz, Sporthalle, Stadtbibliothek oder selbstverwalteter
23 Treffpunkt – all diese Angebote wollen wir sichern und ausbauen. Bestehende
24 Jugendklubs und Freizeiteinrichtungen werden wir erhalten, neue Angebote schaffen
25 und alle Einrichtungen personell angemessen ausstatten. Auch weiterhin
26 soll ein kostenfreies bezirkliches Ferienprogramm stattfinden.

27

28 **Kostenloses Schulmittagessen und saubere Schulen**

29

30 Unser Ziel ist, dass in allen Grund- und weiterführenden Schulen ein warmes,
31 qualitativ hochwertiges und kostenfreies Mittagessen angeboten werden
32 soll. Zuverlässige Caterer sollen langfristig und gesichert ausgewählt werden. Ein
33 guter Schulalltag erfordert auch saubere Schulen. Die Linke setzt sich deshalb auch
34 weiter für eine gesicherte Tagesreinigung und die Rekommunalisierung der
35 Schulreinigung ein. Perspektivisch sollten Catering und Schulreinigung in Schulen
36 nicht mehr durch Externe stattfinden, sondern in den Schulen selbst organisiert und
37 umgesetzt werden können. Dafür müssen auch eigene Küchen an neuen Schulen
38 eingeplant werden.

39

40 Oberschüler*innen halten sich in Schulen 6 bis 10 Stunden auf. Auch sie müssen
41 ausreichend trinken, noch dazu bei immer höheren Temperaturen im Sommer. Wir
42 fordern deshalb kostenlose Trinkwasserspender auch für alle Oberschulen.

43

44 **Sichere Schulwege**

45

46 Schulen müssen für Schüler*innen sicher zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbar
47 sein. Dazu noch notwendige Querungshilfen wie Fußgängerüberwege oder
48 Mittelinseln, Ampelanlagen, sichere Fahrradwege und die Anordnung von Tempo 30,
49 wo es noch nicht erfolgt ist, müssen entsprechend des Bedarfs nachgerüstet und
50 angeordnet werden.

51

1 Die Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für Kinder und Jugendliche
2 werden wir verstärken, beispielsweise durch Verkehrsberuhigung, Schulstraßen, das
3 Mobilitätsmanagement an Schulen, familiengerechte Öffnungszeiten an
4 Jugendverkehrsschulen und Mobilitätsbildung von der Kita bis zum
5 Erwachsenenalter.

6

7 **Schulen bauen und modernisieren**

8

9 Der Sanierungsstau in unseren Schulen ist riesig. Um Schulen im Betrieb bei
10 Großsanierungen zu entlasten, braucht es rechtzeitig Ausweichstandorte. Zusätzlich
11 brauchen wir deutlich mehr Schulplätze, denn die Zahl der Schüler*innen in unserem
12 Bezirk wächst durch Zuzug weiter und viele Schulen sind überbelegt. Deshalb
13 müssen zügig neue Schulen gebaut werden oder bestehende Schulen
14 Ergänzungsbauten bekommen. Schnelle Entlastung könnten Auf- und Anbauten auf
15 DDR-Serienbauten bringen, wie sie in anderen Bezirken im Stadtumbau-Ost bereits
16 erprobt wurden. Schulbau muss zudem modular erfolgen, damit er zukunftsgerecht
17 und in Jahrzehnten auch anderen Nutzungen zugeführt werden. Zudem unterstützen
18 wir ausdrücklich die Idee des Schul-Campus.

19

20 Die Linke fordert die konsequente Einsetzung von Schulbauausschüssen unter
21 Beteiligung aller relevanten Akteurinnen, einschließlich Kooperationspartnerinnen
22 und Initiativen aus der Nachbarschaft, sowie eine transparente Informationspolitik
23 durch die zuständigen Ämter und Bauausführenden. Zudem müssen alle
24 Schulsanierungen und Schulneubauten den pädagogischen Anforderungen einer
25 inklusiven Ganztagschule entsprechen.

26

27 Beim Neubau von Schulen braucht es echte Mitbestimmung, denn auch Schulen
28 müssen in die Umgebung passen. Negativbeispiele wie der Umgang des Senats mit
29 dem Bau neuer Schulen an der Bruno-Baum-Straße in Marzahn und am Auerbacher
30 Ring in Hellersdorf müssen der Vergangenheit angehören. Es braucht echte
31 Beteiligung bei der Planung und Umsetzung.

32

33 Wir setzen uns dafür ein, dass im neuen Wohngebiet an der Knorr-Bremse eine
34 Gemeinschaftsschule geschaffen wird. Zudem werden Erweiterungsbauten für die
35 Grundschulen „An der Mühle“, an der Geißenweide, an der Kolibri-Grundschule und
36 an der Grundschule am Schleipfuhl benötigt. Darüber hinaus ist der Neubau
37 zusätzlicher Grundschulen an der Haltoner Straße, der Bruno-Baum-Straße sowie in
38 wachsenden Wohngebieten, etwa am Buckower Ring und am Merler Weg / Allee der
39 Kosmonauten, erforderlich. Außerdem setzen wir uns für den barrierefreien Umbau
40 der Ulmenschule und die Sanierung der Schulgebäude der Franz-Carl-
41 Achard-Grundschule, der Grundschule an der Mühle sowie der Falken-Grundschule
42 ein. Wir setzen uns für die Sicherung einer Fläche auf dem Gelände der ehemaligen
43 Gärtnerei Golm in Kaulsdorf für eine neue Schule ein.

44

45 Wir fordern vom Senat, endlich einen Schulplatzfaktor anzuwenden, der dem
46 tatsächlichen Bedarf entspricht, denn in Neubauten ziehen in unserem Bezirk viel
47 mehr Familien mit mehr Kindern ein als in anderen Bezirken. Neubauschulen in neu
48 entstehenden Wohngebieten werden in unserem Bezirk in der Regel wider besseres
49 Wissen zu klein geplant und gebaut. Immer wieder kommt es vor, dass Investitionen
50 in Schulbau oder Schulsanierung verschoben werden. Die so freiwerdenden Mittel
51 sollten über eine vorgeplante Reserveliste umgelenkt werden, damit sich kein

1 Investitionsstau aufbaut, der zukünftige Haushalte belastet.

2

3 So schnell wie möglich muss auch der Sanierungsstau bei den Schulhöfen abgebaut
4 werden. Schüler*innen müssen und wollen auch an die frische Luft! Wir wollen grüne
5 Schulhöfe und neue Schulgärten fördern. Auch für Schulen brauchen wir
6 Hitzeschutzmaßnahmen. Fassadenbegrünung, die Anpflanzung schattenspendender
7 Bäume und Hitzeschutzsegel sehen wir als geeignete Maßnahmen. Es muss zudem
8 endlich eine funktionierende Koordinierung zwischen Land und Bezirk geben, damit
9 bei der Übergabe eines Schulneubaus auch der Schulhof bereits fertig ist.

10

11 Wir unterstützen das Konzept der Mehrfachnutzung von Schulen: Schulen müssen
12 sich in den Stadtraum öffnen. So sollten schon bei der Planung neuer Schulen
13 prinzipiell auch benötigte Räume für die Musikschule, eine Stadtteilbibliothek, für
14 Kultur, Sport, die Jugendverkehrsschule, Stadtteilzentren oder anderer Bedarf im
15 Stadtraum mitgedacht werden. Wir unterstützen dieses Konzept der
16 Mehrfachnutzung auch in Bestandsschulen.

17

18 **Schule digital**

19

20 Der selbstbestimmte und differenzierte Umgang mit Medien und Informationen, nicht
21 nur, aber auch im digitalen Raum, ist eine Kernkompetenz der heutigen Gesellschaft.
22 Medienmündigkeit von Kindern und Jugendlichen gehört deshalb zu den zentralen
23 Zielen einer zukunftsorientierten Bildung. Für die Umsetzung braucht es klare
24 Verantwortlichkeiten, verbindliche Personalressourcen sowie eine
25 zeitgemäße Ausstattung.

26

27 Die Linke fordert die flächendeckende Ausstattung der Schulen mit digitalen
28 Arbeitsmitteln und einen Internetzugang für alle Schüler*innen als Voraussetzung zur
29 aktiven Teilhabe an der Informations- und Wissensgesellschaft und für berufliche
30 Chancen.

31 Alle Schüler*innen müssen für schulische Zwecke Zugang zu digitalen Endgeräten wie
32 z.B. Laptops haben. Jugendlichen, deren Familien dies nicht leisten können, muss
33 ein Endgerät gestellt werden. Auch der kostenfreie Zugang zum Internet für
34 schulische Zwecke muss für alle Schüler*innen sichergestellt werden. Die Endgeräte
35 für das pädagogische Personal müssen in ihrer Funktionalität weiterentwickelt und an
36 die tatsächlichen Bedürfnisse angepasst werden.

37

38 Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte und eine professionelle IT-Wartung, IT-
39 Administration und IT-Sicherheitsbeauftragte in allen Schulen sind zwingende
40 Voraussetzungen für digitales Arbeiten an den Schulen.

41

42 **Außerschulische Lernorte**

43

44 Die Linke setzt sich für den Ausbau außerschulischer Lernorte wie
45 Umweltbildungszentren, Gartenarbeitsschulen, Grüne Klassenzimmer,
46 Jugendkunstschulen, Musikschulen und innovative Lernorte wie das Hellersdorfer
47 „Helleum“ ein, um den Unterricht und den außerunterrichtlichen Bereich durch
48 Angebote zu Umwelt- und Klimaschutz, Kunst und Kultur sowie durch vielfältige
49 Projekte für Schülerinnen sinnvoll zu ergänzen.

50

51

1 **Ausbildung stärken**

2

3 Jeder Schulabgänger und jede Schulabgängerin sowie alle Jugendlichen im Bezirk
4 sollen eine klare berufliche Perspektive haben. Die Linke steht für eine solide
5 Ausbildung und eine existenzsichernde Beschäftigung für alle. Diese Forderungen
6 verfolgen wir konsequent auf Landes- und Bezirksebene. Jugendarbeitslosigkeit
7 müssen vermieden und bekämpft werden. Nach dem Schulabschluss müssen
8 genügend Ausbildungsplätze für Berufe bereitstehen, an denen es in unserem Bezirk
9 mangelt. Wir fordern deshalb vom Senat, dass der Bau eines OSZ für Pflege und
10 soziale Berufe in Biesdorf endlich verwirklicht wird.

11

12 Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf muss verstärkt als Vorbild in der Ausbildung
13 fungieren. Die Ausbildung im öffentlichen Dienst soll nicht nur eine Chance für den
14 Berufseinstieg bieten, sondern auch zur Nachwuchsförderung in der Verwaltung
15 beitragen. Wir fordern, dass mehr Ausbildungsplätze im öffentlichen Sektor
16 geschaffen werden, um jungen Menschen eine stabile Zukunftsperspektive zu
17 eröffnen.

18

19 Die Linke unterstützt den Ausbau und die Weiterentwicklung der
20 Jugendberufsagentur, um junge Menschen bei ihrer beruflichen Orientierung und
21 beim Einstieg in den Arbeitsmarkt bestmöglich zu begleiten.
22 Zudem setzen wir uns für eine Stärkung der Verbundausbildung sowie für die
23 Sicherung und Weiterentwicklung bestehender Ausbildungsverbünde im Bezirk ein.
24 Ebenso soll die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und
25 Bildungseinrichtungen intensiviert werden, um die Berufsausbildung und das duale
26 System insgesamt aufzuwerten. Darüber hinaus müssen Arbeitsagentur und
27 Jobcenter bei der Bewältigung der gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit unterstützt
28 werden, insbesondere durch passgenaue Förder- und Qualifizierungsangebote für
29 junge Menschen.

30

31 **Mobil in Marzahn-Hellersdorf und darüber hinaus**

32

33 Verkehrspolitik ist Sozialpolitik. Doch statt Mobilität als Teil der öffentlichen
34 Daseinsvorsorge zu fördern, hat der schwarz-rote Senat Berlin in die Mobilitätskrise
35 geführt: Busse und Bahnen fahren immer unzuverlässiger, neue Strecken, Rad- und
36 Gehwege werden nicht gebaut, Straßen und Brücken zerbröseln. Dabei ist für uns
37 klar: Mobilität darf weder vom Wohnort noch vom Besitz eines PKW, vom
38 Gesundheitszustand oder vom Geldbeutel abhängen. Unsere Priorität liegt daher auf
39 einem überzeugenden Angebot im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) –
40 bezahlbar, sicher, pünktlich und mit echten Informationen für die Fahrgäste - sowie
41 dem Ausbau eines umfassenden Radwegenetzes und von barrierefreien Gehwegen.
42 So ermöglichen wir allen eine kostengünstige Mobilität. Dazu zählt auch die
43 Wiedereinführung des BC-Tickets für Pendlerinnen und Pendler, die kein
44 Deutschlandticket brauchen und finanzieren wollen.

45

46 Der öffentliche Nahverkehr ist das Rückgrat der Mobilität in unserem Bezirk. Ein
47 verlässlicher Betrieb von Bus und Bahn ist Voraussetzung für viele Menschen in
48 unserem Bezirk, mobil zu sein. Darüber hinaus muss auch das Angebot erweitert
49 werden und Infrastruktur ausgebaut werden.

50

51

1 **Ausbau des S-Bahn- und Regionalverkehrs**

2

3 Die Linke setzt sich dafür ein, die Taktung der S-Bahn, insbesondere auf der Linie
4 S5, zu verdichten und die Bahnhöfe Ahrensfelde, Mehrower Allee, Poelchaustraße
5 und Raoul-Wallenberg-Straße endlich barrierefrei auszubauen. Darüber hinaus soll
6 der S-Bahnhof Ahrensfelde zusätzlich in das Bahnhofsmodernisierungsprogramm
7 von Deutscher Bahn und Land Berlin aufgenommen werden. Ebenso sollen die S-
8 Bahnhöfe Marzahn und Kaulsdorf neue Zugänge erhalten. Die Modernisierung des
9 Bahnhofs Springpfuhl muss vorgezogen werden; bis dahin ist zumindest ein
10 temporärer Wetterschutz auf dem Bahnhof sicherzustellen. Zudem setzt sich Die
11 Linke für eine Verlängerung der S-Bahn über Ahrensfelde hinaus bis nach
12 Werneuchen ein. Wir regen an, den zu DDR-Zeiten geplanten und mit dem Bau
13 begonnenen S-Bhf. "Bürknersfelde" fertig zu stellen, um das geplante Neubau-Gebiet
14 auf dem Gelände der Knorr-Bremse verkehrlich besser anzubinden.

15

16 Wir tragen den Systementscheid des Senats zugunsten der
17 Schienen-TVO als S-Bahn-Variante mit, damit keine weiteren Verzögerungen
18 entstehen. Mit der S-Bahn vom Springpfuhl bis zum Grünauer Kreuz wird eine
19 bessere Vernetzung der östlichen Bezirke untereinander mit besserer Verbindung
20 zum BER erreicht. Die Nahverkehrstangente wird zahlreiche Umsteigebeziehungen
21 zu bestehenden S-Bahnlinien bieten. Dadurch entstehen vielfältige, neue und
22 schnelle ÖV-Verbindungen für die östliche Bezirke. Um die Schienen-TVO schneller
23 planen und bauen zu können, sollte sie in i2030, das gemeinsame
24 Schienenausbauprogramm von Berlin und Brandenburg mit der Deutschen Bahn
25 aufgenommen werden.

26

27 Bei der Regionalbahn setzen wir uns für den zweigleisigen Ausbau der Strecke nach
28 Wriezen/Werneuchen ein, damit der Regionalbahnverkehr öfter als im 30-Minuten-
29 Takt fahren kann. Wir begleiten die Prüfungen des Senats den Bahnhof Marzahn zu
30 einem Kreuzungsbahnhof für die Verdichtung der RB 25 umzusetzen. Wir setzen uns
31 für den zweigleisigen und elektrifizierten Ausbau der Ostbahn ein.

32

33 **Maßnahmen auf der U5**

34

35 Mit der Zulieferung neuer U-Bahn-Wagen und der Teilautomatisierung der U5 muss
36 der Takt auf der U5 weiter verdichtet werden. Die Attraktivität und der Zugang zur U5
37 müssen durch vollständige Barrierefreiheit verbessert werden. Dazu fehlt
38 insbesondere ein Blindenleitsystem und die Rampen sind für viele Menschen mit
39 Behinderung wegen der 10-Prozent-Neigung ungeeignet.

40 Die Nachrüstung von Fahrstühlen sollte prioritär von der BVG verfolgt werden.

41 Um die Sicherheit an den Bahnhöfen zu erhöhen, schlagen wir vor, dass die BVG
42 Hellersdorf und Kaulsdorf-Nord als Schwerpunktbahnhöfe in ihre
43 Sicherheitskonzepte aufnimmt. Um die Aufenthaltsqualität zu verbessern,
44 befürworten wir die Aufwertung von Bahnhöfen wie am Cottbuser Platz. Dort könnten
45 Räume der BVG als Kiosk
46 ausgebaut werden.

47

48 **Straßenbahnen und Bus**

49

50 Die Linke setzt sich für Taktverdichtungen auf den Straßenbahnlinien M6, 18, 62 und
51 63 ein. Zudem unterstützen wir die Verlängerung der Tramlinie 63 in Richtung

1 Mahlsdorf sowie die Umsetzung einer Verkehrslösung für den Ortskern Mahlsdorf,
2 damit die Straßenbahn dort stabil im 10-Minuten-Takt fahren kann und perspektivisch
3 der Lückenschluss zwischen Mahlsdorf und Hellersdorf möglich wird. Der
4 zweigleisige Ausbau Mahlsdorf wird einen 10-Minuten-Takt der Linie 62 ermöglichen.
5 Begleitend dazu ist die Verlegung der Straßenbahndstelle direkt an den S- und
6 Regionalbahnhof Mahlsdorf zur Verbesserung der Umsteigebeziehung zwischen
7 Straßenbahn, S-Bahn und Eisenbahnregionalverkehr vorgesehen. Darüber hinaus
8 setzen wir für uns für die Priorisierung des Straßenbahn-Neubaus zwischen der
9 Wuhletalstraße und Falkenberg ein.

10
11 Wir setzen uns für die weitere Verdichtung der Takte auf den Buslinien 195, 197, X54
12 und X69 ein. Darüber hinaus streben wir die Verlängerung der Buslinie 194 bis zum
13 S-Bahnhof Marzahn an. Wir setzen uns für Verbesserungen bei der Linienführung
14 der Buslinie 399 ein. Um die Situation für Pendler*innen an den Bahnhöfen
15 Ahrensfelde und Hönow zu verbessern, sollen außerdem die Taktangebote der dort
16 verkehrenden Buslinien angepasst und die Expressbuslinie zwischen Altlandsberg
17 und dem U-Bahnhof Hönow bis zum S-Bahnhof Mahlsdorf verlängert werden.

18
19 Die Linke setzt sich dafür ein, dass der Bus X69 in einem 10 Minutentakt verkehrt, da
20 er die einzige Direktverbindung vom Elsterwerdaer Platz über den Blumberger Damm
21 zum Unfallkrankenhaus Berlin (ukb) sowie umgekehrt aus Marzahn-Nord zu diesem
22 ist. Zudem soll dieser künftig auch auf der Höhe der "ARONA-Klinik" halten. Wir
23 unterstützen das Anliegen eine Bushaltestelle auf der Höhe der Augenklinik Marzahn
24 einzurichten.

25
26 Insbesondere die Nachverdichtung am S-Bahnhof Marzahn und an der Knorr-
27 Bremse muss Anpassungen bei der Angebotsplanung (Linienführung, Takte) zur
28 Folge haben müssen. In Ergänzung zum Schnellbahnverkehr, sollten der CleanTech
29 Park Marzahn und das Gebiet an der Knorr-Bremse durch die Verlängerung der Linie
30 294 zum S-Bahnhof Marzahn besser angebunden werden.

31 32 **Radverkehr entwickeln**

33
34 Radverkehr ist kostengünstig und kann von Menschen aller Altersgruppen genutzt
35 werden, was einen wichtigen Beitrag zur sozialen Teilhabe und Mobilität in Berlin
36 leistet. Beim Radverkehr hat Marzahn-Hellersdorf enormen Aufholbedarf. Die Linke
37 setzt sich dafür ein, dass im Bezirk eine intelligente Netzplanung im Rahmen des
38 Berliner Radverkehrsplans mit Priorität verfolgt wird. An geeigneten Straßen bzw.
39 Straßenabschnitten sollen Fahrradstraßen eingerichtet werden, um für mehr
40 Verkehrssicherheit zu sorgen.

41
42 Wir setzen uns dafür ein, dass die Planungen für die Radschnellverbindung 9 (Ost-
43 Route) nahe der Landsberger Allee fortgeführt und realisiert werden, damit eine
44 direkte Verbindung zur Stadtgrenze ohne Umwege durch das Siedlungsgebiet
45 entstehen kann. Wir unterstützen die Pläne eine Radbahn entlang der U5.
46 Diese sollte durch das Land Berlin und der infraVelo GmbH verfolgt werden. Vorrang
47 sollte die Sanierung der Schotterpiste am Biesdorfer Friedhof haben.
48 Speziell auf der Allee der Kosmonauten muss es gelingen, die Teilstücke vom S-
49 Bahnhof Springpfuhl bis über die Landsberger Allee hinaus auf der Raoul-
50 Wallenberg-Straße als Anschluss an den bereits vorhandenen Radweg TR7 zügig zu
51 bauen. So kann ein Zentralradweg für Marzahn von der südlichen Spitze der

1 Marzahner Großsiedlung bis nach Marzahn-Nord entstehen.
 2 Die Linke tritt dafür ein, die Märkische Allee als eine der ersten Magistralen
 3 fahrradfreundlich umzugestalten, indem aus Parkspuren für LKW sichere, vom
 4 Autoverkehr getrennte, Radwege werden.

5
 6 Fahrradabstellanlagen sollen weiterhin bedarfsgerecht ausbauen, an Haltestellen
 7 und Bahnhöfen sowie in der Nähe sozialer Einrichtungen. An Bahnhöfen mit dem
 8 höchsten Bedarf sollten neue gesicherte Fahrradstellplätze geschaffen werden,
 9 vorrangig zunächst am Bahnhof Wuhletal. Auf dem Elsterwerdaer Platz und am S-
 10 Bahnhof Mahlsdorf wollen wir moderne Fahrradparkhäuser errichten.

11 12 **Mehr Sicherheit für Fußgänger**

13
 14 Fußgänger*innen müssen sich barrierefrei und sicher im öffentlichen Raum bewegen
 15 können. Fußgänger*innen sollen vor dem Auto- und Radverkehr geschützt werden.
 16 Gehwege in den Siedlungsgebieten fehlen bis auf einige Ausnahmen komplett. Die
 17 Gehwege in den Neubaugebieten sind inzwischen 30 bis 40 Jahre alt und in
 18 Größenordnungen reparaturbedürftig. Die Linke fordert eine Kartierung des
 19 Ausbauszustandes der Geh- und Radwege und die Einrichtung von besonderen
 20 Sanierungsgebieten zur Förderung der Barrierefreiheit.

21
 22 Wir setzen uns dafür ein, dass die Sanierung von Gehwegen und die Herstellung von
 23 Barrierefreiheit in den ältesten Teilen der Großsiedlungen von Marzahn und
 24 Hellersdorf vorrangig realisiert werden, auch unter Nutzung von Pilot- und
 25 Modellprojekten des Senats. Das vom Bezirk geplante Modellprojekt für die
 26 ausschließliche Errichtung von neuen Gehwegen in Biesenhorst muss auf das
 27 gesamte Siedlungsgebiet ausgeweitet werden. Prioritär sollten dort neue Gehwege
 28 zu den Haltestellen des ÖPNV realisiert werden.

29
 30 Wir werden die Schaffung von Querungshilfen wie Fußgängerüberwegen
 31 (Zebrastreifen) und Mittelinseln sowie Gehwegvorstreckungen gezielt ausbauen,
 32 insbesondere in der Nähe von Kitas und Schulen sowie sozialen Einrichtungen.

33 34 **Nachhaltiger Straßen- und Brückenbau für einen Verkehr mit Zukunft**

35
 36 Die Linke setzt sich für den Straßenbau im Bahnhofsbereich Mahlsdorf sowie entlang
 37 des neuen Hultschiner Damms und der Straße an der Schule ein und fordert in
 38 diesem Zusammenhang zugleich die Schaffung sicherer Rad- und Fußwege. Zudem
 39 soll die sich im Planfeststellungsverfahren befindliche Straßen-TVO mit einem
 40 begleitenden Radweg umgesetzt werden. Darüber hinaus muss der Neubau der
 41 Landsberger Allee zwischen der Allee der Kosmonauten und der Kiebitzgrund mit
 42 lärmminderndem Asphalt geplant und realisiert werden. Wir setzen uns für die
 43 straßenbündige Anbindung der Schwarzwurzelstraße an die Lichtenberger
 44 HansasträÙe mit einem begleitenden Geh- und Radweg sowie der Verlängerung der
 45 Straßenbahn ein.

46
 47 Die Linke unterstützt das Vorhaben, das Nadelöhr an der Landsberger Chaussee
 48 durch den Ausbau der L33 zwischen Hönow und dem Kaufpark Eiche zu beseitigen
 49 und die Straße hierfür auf zwei Spuren je Fahrtrichtung zu erweitern, wobei die
 50 Eingriffe in die Hönowener Weiherkette so gering wie möglich gehalten werden
 51 müssen. Zugleich unterstützen wir die Forderung der Bürgerinitiativen aus Marzahn

1 Nord-West nach einem sofortigen Abbruch des laufenden
2 Planfeststellungsverfahrens zur Ortsumfahrung Ahrensfelde und einem Neustart des
3 Raumordnungsverfahrens mit erweitertem Untersuchungsraum unter Einbeziehung
4 des Ortsteils Falkenberg. Zudem soll ein Planungsbeirat unter Beteiligung der
5 Bewohner*innen von Marzahn und Ahrensfelde verbindlich in die
6 Entscheidungsfindung einbezogen werden. Der Bedarf für die B158 sollte im
7 Bundesverkehrswegeplan zurückgestuft werden. Wir fordern statt einer
8 Ortsdurchfahrung eine echte Ortsumfahrung für Ahrensfelde.

9

10 **Brückenchaos verhindern!**

11

12 49 Brücken des Landes Berlin müssen bis 2040 in Marzahn-Hellersdorf abgerissen
13 und neu gebaut werden. Wir erwarten vom Senat und vom Bezirksamt, dass die
14 Ersatzneubauten in den nächsten Jahren so eingetaktet werden, dass der Verkehr
15 im
16 Bezirk noch aufrechterhalten werden kann. Die abgerissene Entenbrücke am Stadion
17 Wuhletal muss für die Fußgängerinnen und Fußgänger im Wuhletal beschleunigt
18 errichtet werden.

19

20 **Verkehrssicherheit und Verkehrsberuhigung**

21

22 Die Linke setzt sich dafür ein, dass die unfallträchtigsten Kreuzungen im Bezirk
23 endlich verkehrssicher gemacht werden. Dazu zählen etwa die Zossener Straße/Alte
24 Hellersdorfer Straße, Hultschiner Damm/Bergedorfer Straße, Alt-Biesdorf/Köpenicker
25 Str./Blumberger Damm sowie die Kreuzungen der Landsberger Allee an der
26 Rhinstraße und am Blumberger Damm.

27

28 Initiativen von Schulen und Eltern für mehr Schulwegsicherheit unterstützen wir
29 ausdrücklich. Wir setzen uns für die schnelle Umsetzung des Tempo30 nachts-
30 Konzepts für unseren Bezirk ein. Prioritär werden wir Tempo 30-Lückenschlüsse
31 vornehmen und vor Kitas, Schulen, Spielplätzen und sozialen Einrichtungen, wo es
32 noch fehlt, Tempo 30 anordnen.

33

34 **Sharing-Mobilität und Zukunft des Parkens**

35

36 Die Linke setzt sich dafür ein, dass alle Formen der Sharing-Mobilität – Carsharing,
37 Bikesharing, E-Scooter – auch in Marzahn-Hellersdorf ermöglicht werden, um die
38 „letzte Meile“ vom Bahnhof oder der Haltestelle nach Hause bewältigen zu können.
39 Wir unterstützen den Ausbau weiterer Jelbi-Stationen und die Integration von
40 Sharing- Angeboten in den ÖPNV.

41

42 Damit Fahrzeuge nicht hindernd abgestellt werden, sollten sie an
43 festen Stationen abgestellt werden. Die Anbieter müssen verpflichtet werden, das
44 Abstellen von Fahrzeugen ausschließlich auf den dafür vorgesehenen Flächen zu
45 erlauben und außerhalb abgestellte Fahrzeuge schnellstmöglich zu entfernen. Die
46 Anbieter müssen regelmäßig für Beschwerden erreichbar sein und diese in
47 angemessener Zeit beheben. Mit gezielten Unterstützungsmaßnahmen werden wir
48 auch Carsharing-Angebote in die Außenbezirke bringen.

49

50 Beim Ausbau von Park-and-Ride-Plätzen setzen wir auf den Ausbau vorhandener
51 Standorte. Pläne zur zusätzlichen Versiegelung von Flächen wie an der

1 Altentreptower Straße lehnen wir ab, stattdessen sollte die P+R-Fläche am Bahnhof
 2 Wuhletal mit einem modernen Parkhaus bebaut und Flächen so effizienter genutzt
 3 werden. Die Linke setzt sich dafür ein, dass es der Bezirk gemeinsam mit privaten
 4 Eigentümern von Parkplätzen ermöglicht, auf Super- und Möbelmärkten außerhalb
 5 der Betriebszeiten gegen eine Gebühr Autos parken zu können, um die angespannte
 6 Parkplatzsituation in vielen Kiezen zu entlasten.

7

8 **Mit der Seilbahn hoch hinaus**

9

10 Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Seilbahn am Kienberg tariflich in den VBB
 11 integriert wird und künftig auch als öffentliches Verkehrsmittel genutzt werden kann.

12

13 **Integration und Migration**

14

15 Als Linke verteidigen wir die offene und vielfältige Gesellschaft sowie das Recht auf
 16 Flucht und Migration. Wir unterstützen
 17 die wichtige Arbeit aller Ehrenamtlichen und der Nachbarschaftsprojekte rum um
 18 Unterkünfte. Unser Leitbild ist das selbstbestimmte Leben von allen Menschen, auch
 19 Geflüchteten. Wir setzen uns dafür ein, dass sie Zugang zu Arbeit und Ausbildung
 20 erhalten und den Einstieg in den Beruf schaffen. Wir üben scharfe Kritik an den
 21 geplanten Kürzungen und Zugangsbeschränkungen bei Sprach- und
 22 Integrationskursen durch den Bund. Sie sind integrationspolitisch kurzsichtig. Die
 23 kostenlosen Sprachkurseangebote, insbesondere die berufsspezifischen, müssen
 24 ausgeweitet und qualitativ weiterentwickelt werden. Die Arbeit der
 25 Integrationslots*innen, die beim Zugang zu Ressourcen unterstützen, muss
 26 abgesichert werden.

27

28 Wir brauchen gut ausgestattete Anlaufstellen für Asyl- und Aufenthalts- sowie
 29 Einbürgerungsrechtsberatung und ausreichend Angebote für psychosoziale
 30 Beratung. Insbesondere die Arbeit der Psychosozialen Zentren, die
 31 überlebenswichtige Therapieangebote für Geflüchtete anbieten, sollten
 32 perspektivisch regelfinanziert werden.

33

34 Es ist notwendig, den Zugang zu Sprachkursen, sozialer Unterstützung und
 35 Arbeitsmarktintegration für Migrant*innen
 36 weiter zu verbessern. Dabei muss das Land Berlin auch den Ausbau und die
 37 Förderung von Migrant*innenorganisationen im Bezirk unterstützen.
 38 Soziale Infrastruktur, Nachbarschaftsarbeit und Beratungsstellen wie die
 39 Migrationssozialberatung und Rechtsberatung für Geflüchtete sollen langfristig
 40 finanziert und gestärkt werden. Der Zugriff auf ehrenamtliche Sprachmittler*innen soll
 41 durch eine bezirkliche Schnittstelle ausgebaut werden. Die Verlagerung der
 42 Integrationsfonds auf Senatsebene hat sich als zu bürokratisch erwiesen. Die Linke
 43 fordert deshalb die Rückübertragung des Integrationsfonds an die Bezirke, da diese
 44 die lokale Trägerlandschaft besser kennen. Unnötige Neuausschreibungen sind zu
 45 vermeiden, da dadurch immer wieder die wertvolle Beziehungs- und Vertrauensarbeit
 46 zerstört wird.

47

48 **Integration von Geflüchteten**

49

50 Wir wollen eine Flüchtlingspolitik, die auf gesellschaftliche Teilhabe und
 51 Bleibeperspektive von Anfang an setzt und so Ausgrenzung und Stigmatisierung

1 entgegenwirkt. Dazu gehört, dass Geflüchtete nicht in inhumanen isolierten
 2 Massenunterkünften leben und Kinder in isolierten Containerschulen statt an
 3 Regelschulen unterrichtet werden. Wohnen ist ein Grundrecht. Geflüchtete müssen
 4 Zugang zu Wohnungen haben und übergangsweise zu dezentralen,
 5 menschenrechtliche Standards wahren den Unterkünften.

6
 7 Gemeinschaftsunterkünfte sind so zu planen, dass fehlende Infrastruktur für den
 8 Bezirk und Kiez, wie beispielsweise Schulen, Kitas, Stadtteilzentren und Treffpunkte,
 9 Anbindung an den Öffentlichen Nahverkehr ausgebaut werden. Wir müssen gerade
 10 die Stadtteile und Kieze stärken, die in der Vergangenheit den Hauptteil der
 11 Unterbringung von Geflüchteten geleistet haben. Die neu eingeführte Berliner
 12 Gemeinschaftspauschale muss als Finanzinstrument spürbar Mittel für die Stärkung
 13 von Nachbarschaften, der sozialen Infrastruktur, des sozialen Zusammenhalts bei
 14 der Integration vor Ort in Marzahn, Hellersdorf und Biesdorf bereitstellen.

15
 16 Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft mit gleichen Chancen für alle –
 17 unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Status. Die Linke ist solidarisch
 18 mit Menschen, die zu uns geflüchtet sind oder als Menschen mit
 19 Migrationshintergrund mit uns zusammenleben. Dabei setzen wir uns für eine
 20 Durchmischung der Kieze ein, um das Zusammenleben zu befördern und die soziale
 21 Infrastruktur in den Kiezen zu entlasten.

22 23 **Interkulturelle Vielfalt fördern**

24
 25 Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am kulturellen Leben, unabhängig von
 26 Geschlecht, Herkunft, Wohnort, gesundheitlichen Behinderungen oder sozialem
 27 Status am kulturellen Leben teilhaben können, ist zentral. Barrieren abbauen heißt
 28 auch: Vielfalt fördern. Dazu will Die Linke interkulturelle Projekte,
 29 Nachbarschaftsprogramme und kulturelle Bildung ausbauen. Auch Veranstaltungen
 30 wie die „Interkulturelle Woche“ und „Schöner leben ohne Nazis“ leisten dabei einen
 31 wichtigen Beitrag für Vielfalt und Toleranz.

32 33 **Gleichberechtigter Zugang zu Bildung**

34
 35 Sprache und Bildung sind Schlüssel zur Integration. Der Zugang zu frühkindlicher
 36 Bildung und Schule muss auch für geflüchtete Kinder sichergestellt werden. Dazu
 37 muss die Beschulung an regulären Schulen gesichert werden, damit Kindern
 38 Teilhabe und ein Ankommen in Berlin ermöglicht wird.

39
 40 Die Linke fordert mehr kostenfreie Sprach- und Integrationskurse für Zugewanderte.
 41 Die Verfahren zur Anerkennung mitgebrachter Schul-, Berufs und Studienabschlüsse
 42 müssen entbürokratisiert und die erforderlichen Gebühren gesenkt werden. Modulare
 43 Bildungsangebote an Volkshochschulen und in berufsbildenden Betrieben sowie in
 44 außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen sollen ausgebaut werden.
 45 Bildungseinrichtungen wie Kita, Schule und Ausbildungsstelle sollen interkulturell
 46 geöffnet und diverser werden.

47
 48 An Schulen braucht es interdisziplinäres Fachpersonal, darunter Lehrkräfte,
 49 Sozialarbeiter*innen, Lerntherapeut*innen und Psycholog*innen. Für das
 50 Fachpersonal in allen Bildungseinrichtungen fordern wir Weiterbildungen im
 51 interkulturellen Kontext. Wenn eine stärkere Zuwanderung es erforderlich macht,

1 sollen auch neue Klassen gebildet werden. Dabei sollten jedoch keine reinen
2 "Flüchtlingskinderklassen" gebildet werden, denn die kulturelle Durchmischung der
3 Klassen ist eine Chance für ein wertschätzendes Miteinander.

4 **Öffnung des Bezirksamtes für interkulturelle Vielfalt**

5
6 Wir streben eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung an. Das Bezirksamt soll
7 Informationen, sowohl in analoger als auch in digitaler Form, mehrsprachig und
8 barrierefrei anbieten. Die AG Mehrsprachigkeit im Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf
9 soll wiederbelebt werden unter Beteiligung der Integrationsbeauftragten, der Alice-
10 Salomon-Hochschule, der Integrationslotsen, des Bürgeramtes, aller Ämter des
11 Bezirkes, der Fachreferenten und der Migrant*innenselbstorganisationen. Weiterhin
12 regen wir einen jährlichen Fachtag für Zugewanderte im Öffentlichen Dienst an. Dies
13 würde auch gegen den Fachkräftemangel in den Bezirksämtern helfen. Die Stelle
14 der bezirklichen Integrationsbeauftragten soll gestärkt und das Partizipationsbüro
15 weiter unterstützt werden.

17 **Inklusion leben und UN-Behindertenrechtskonvention einhalten**

18
19 Wir setzen uns dafür ein, dass alle Bürgerinnen und Bürger
20 selbstbestimmt leben können, auf dem Arbeitsmarkt, in Schule, Sport, Gesundheit, M
21 obilität und allen weiteren Lebensbereichen. Grundlage unseres Handelns ist die UN-
22 Behindertenrechtskonvention.

23
24 Die Linke setzt sich für einen umfassenden Ausbau der Barrierefreiheit im Bezirk ein.
25 Dazu gehören inklusive Spielplätze genauso wie verpflichtend barrierefrei gestaltete
26 Gehwege und Verkehrsmittel, barrierefreie und behindertengerechte Zugänge zu
27 allen öffentlich genutzten Gebäuden sowie verständliche Wegeleitsysteme und
28 Kennzeichnungen. Ergänzend soll ein digitales Barrierefreiheitskataster für den
29 Bezirk eingeführt
30 werden. Öffentliche Dienstgebäude, Behinderten-WCs sowie Bahnhöfe und
31 Haltestellen von S-Bahn, Straßenbahn und Bussen sollen ebenso wie wichtige
32 Orientierungssysteme im öffentlichen Raum zusätzlich mit Brailleschrift und
33 geeigneten Leitsystemen für sehbehinderte Menschen ausgestattet werden.

34
35 Wir setzen uns dafür ein, dass das Leitbild einer inklusiven Verwaltung umgesetzt
36 wird. Wir wollen alle Menschen erreichen und mit einbeziehen. Daher muss die
37 behördliche Kommunikation grundsätzlich auch in einfacher Sprache erfolgen. Dazu
38 gehören Briefe von Behörden wie auch die Inklusion von Gehörlosen. Das
39 Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung sollen barrierefreie
40 Informationen bereitstellen. Beschlüsse und Informationen des Bezirksamtes sollen
41 in einfacher Sprache zur Verfügung gestellt werden.

42
43 Darüber hinaus setzen wir uns für eine inklusive Bildung mit multiprofessionellen
44 Teams an Schulen ein, um Kinder mit Behinderungen besser zu unterstützen und
45 zugleich Angebote für hochbegabte Kinder sowie für Kinder mit besonderem
46 Förderbedarf auszubauen. Gelebte Inklusion und Interkulturalität sollen insbesondere
47 bei Übergängen von der Kita in die Schule sowie später von der Schule in
48 Ausbildung und Beruf gestärkt werden, unter anderem durch interdisziplinäre Teams
49 aus Pädagoginnen, Sozialarbeiterinnen, Lerntherapeutinnen und Psychologinnen.
50 Zusätzlich sollen Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote für Lehrkräfte und
51 Horterzieherinnen zur Elternarbeit im interkulturellen Kontext ausgebaut sowie der

1 Zugang zu ehrenamtlichen Sprachmittlerinnen über eine bezirkliche
2 Koordinierungsstelle verbessert werden.

3

4 Zugleich wollen wir die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen
5 stärken, indem Projekte gefördert werden, die ein selbstbestimmtes Leben
6 ermöglichen, etwa durch Assistenzdienste und barrierefreie Freizeitangebote. In
7 Werkstätten für Menschen mit Behinderungen sollen faire Bezahlung mindestens auf
8 Mindestlohniveau, gute Arbeitsbedingungen und betriebliche Mitbestimmung zum
9 Standard werden, um die dort geleistete Arbeit angemessen anzuerkennen.

10

11 **Solidarische Gesundheitspolitik praktizieren**

12

13 Die Linke setzt sich dafür ein, dass Gesundheit und Pflege nicht der Profitlogik
14 geopfert werden. Deshalb kämpfen wir für ein sozial gerechtes und solidarisches
15 Gesundheits- und Pflegesystem. Wir fordern die Verbesserung des Zugangs zur
16 Gesundheitsversorgung, den Ausbau von Gesundheitsdiensten in Randgebieten und
17 die Förderung mobiler Gesundheitsdienste, um Senior*innen und Menschen mit
18 Behinderungen einen besseren Zugang zu medizinischer Versorgung zu
19 ermöglichen.

20

21 Hausbesuche sollten mit finanziellen Anreizen für Ärzte gefördert werden, um
22 Hausbesuche bei älteren Patienten anzubieten und so die Barrieren für den Zugang
23 zur medizinischen Versorgung abzubauen. Wir fordern die Etablierung mobiler
24 Arztpraxen, d.h., mobiler medizinischer Versorgungsdienste, die Senioren in ihren
25 Wohngebieten aufsuchen, um regelmäßige Gesundheitschecks und Beratungen
26 anzubieten.

27

28 Die Linke setzt sich dafür ein, dass neben modernen digitalen
29 Terminvergabeverfahren in Arztpraxen und medizinischen Einrichtungen auch
30 weiterhin telefonische und persönliche Terminvergaben möglich sind, um den
31 barrierefreien Zugang für Senioren und Menschen mit Behinderungen zu sichern.

32

33 **Ambulante Versorgung**

34

35 In Marzahn-Hellersdorf herrscht ein zunehmender Mangel an nahezu allen
36 Gesundheitsberufen. Monate lange Wartezeiten, kurz gehaltene Termine und
37 fehlende Kontinuität oder Hausbesuche mindern die Versorgungsqualität.
38 Marzahn-Hellersdorf braucht mehr Haus- und Fachärzte. Dafür müssen ausreichend
39 barrierefreie und bezahlbare Praxisräume bereitgestellt werden. Wir setzen uns dafür
40 ein, dass kein großes Wohnungsbauprojekt mehr genehmigt wird, dass keine
41 zusätzlichen Praxisräume bereitstellt. Damit weitere notwendige Räume zur
42 Verfügung stehen, prüfen wir die Nutzung und Umwidmung leerstehender
43 Gewerbeflächen. Die Landeseigenen Wohnungsunternehmen werden verpflichtet,
44 Einrichtungen der Gesundheitsversorgung bei jeder Planung mitzudenken.

45

46 Die Praxisbörse für Mediziner soll künftig transparent darstellen, welche konkreten
47 Ergebnisse bei der erfolgreichen Vermittlung zwischen Ärzt*innen mit Praxisbedarf
48 und verfügbaren Mietangeboten erzielt wurden. Zur Bekämpfung der
49 Unterversorgung mit Haus- und Fachärzt*innen sowie Psychotherapeut*innen
50 müssen der Bezirk, Krankenhausträger und Kassenärztliche Vereinigung an einen
51 Tisch, um die Einrichtung von kommunalen und gemeinnützigen MVZ der

1 Grundversorgung zu beschleunigen. Wir setzen uns für eine gemeinsame
2 Anschubfinanzierung durch das Land und die Kassenärztliche Vereinigung ein.

3

4 **Gesundheitsstandort Marzahn-Hellersdorf weiterentwickeln**

5

6 Die Linke steht für die weitere Ausgestaltung des Gesundheitsstandortes Marzahn-
7 Hellersdorf, für die kontinuierliche Weiterentwicklung der Mitgliedschaft im Gesunde-
8 Städte-Netzwerk sowie für eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes in
9 enger Kooperation mit niedergelassenen Ärzt*innen, Kliniken und weiteren
10 Gesundheitseinrichtungen. Wir wollen einen starken Öffentlichen Gesundheitsdienst
11 (ÖGD) als dritte Säule der gesundheitlichen Versorgung. Gesundheitsämter sollen
12 mehr Möglichkeiten zur Diagnostik und Therapie bekommen, wo die etablierten
13 Strukturen nicht ausreichen oder versagen. Wir wollen eine Offensive für den ÖGD,
14 die alle gesetzlichen Aufgaben mit Stellen und Infrastruktur absichert, sowie offene
15 Stellen besetzt. In diesem Sinne fordern wir die Gewährleistung der psychosozialen
16 Versorgung und weiterer Beratungsangebote sowie die weitere Ansiedlung von
17 Haus- und Fachärzt*innen und die Einrichtung von „digitalen Sprechstunden“. Das
18 Gesundheitsamt muss personell gestärkt werden. Die Linke setzt sich für die
19 Stärkung des Zentrums für sexuelle Gesundheit und
20 Familienplanung sowie für die Fortführung des Projekts der „Babylotsen“ ein und
21 unterstützt zugleich den Erhalt und den Ausbau der Mobilitätsdienste. Ebenso sollen
22 das Netzwerk „Rund um die Geburt“ und der Interessenverbund „Gesundheit im
23 Alter“ weiterentwickelt werden.

24

25 Darüber hinaus treten wir für eine Stärkung der Apotheken und eine verbesserte
26 Arzneimittelversorgung ein, da öffentliche Apotheken ein unverzichtbarer Bestandteil
27 des Gesundheitssystems sind. Ebenso unterstützen wir den Erhalt der Stroke-
28 Einsatz-Mobile (STEMOS) am Unfallkrankenhaus Berlin zur strukturierten
29 Versorgung von Schlaganfallpatient*innen sowie den vollständigen Erhalt des
30 Krankenhauses Kaulsdorf. Zudem setzen wir uns dafür ein, das seit Jahren
31 leerstehende ehemalige „Haus der Gesundheit“ am Kienberg mithilfe des
32 Sondervermögens des Bundes zu sanieren und als Gesundheitsstandort für die
33 Bevölkerung wieder nutzbar zu machen.

34 Das Vita-Haus an der Havemannstraße in Marzahn-Nord werden wir in öffentlicher
35 und gemeinnütziger Trägerschaft zu einem medizinischen Versorgungszentrum
36 (MVZ) weiterentwickeln.

37

38 Wir fördern auch neue Ansätze. So setzen wir uns dafür ein, dass leerstehende
39 Shopping-Center wie das Marktplatzcenter in der Hellen Mitte zu Sorgezentren
40 weiterentwickelt werden. Wir wollen gemeinnützige multiprofessionelle
41 Gesundheitszentren fördern, in denen nicht nur Hausärzt*innen, sondern je nach
42 Bedarf auch weitere Professionen wie Gemeindepflege (Community Health Nurse),
43 Psychotherapeut*innen, Sozial- und Suchtberatung und Fachärzt*innen
44 verschiedener Richtungen unter einem Dach und aus einer Hand zu finden sind.

45

46 **Pflege bezahlbar machen - Angehörige entlasten**

47

48 Die stetig steigenden Eigenanteile in der stationären Pflege belasten Bewohnerinnen
49 und Bewohner von Pflegeeinrichtungen zunehmend. Auch im ambulanten Bereich
50 können mit Pflegegeld und Sachleistungsbudgets immer weniger Leistungen
51 eingekauft werden. Das führt zu einer Überforderung der pflegenden Angehörigen

1 und zu einer Unterversorgung der Pflegebedürftigen. Entlastende Angebote wie
 2 Kurzzeit- und Tagespflegeplätze sind vielerorts Mangelware. Es braucht daher eine
 3 grundlegende Wende in der Pflegepolitik.

4
 5 Wir setzen uns für die Einführung eines Pflegewohngelds ein, das die
 6 Heimbewohner*innen unmittelbar entlastet. Zudem streben wir an, den Anteil
 7 öffentlich getragener Pflegeeinrichtungen deutlich zu erhöhen. Langfristig setzen wir
 8 uns auf Bundesebene für eine solidarische Pflegevollversicherung ein, die
 9 Pflegebedürftige und ihre Angehörige entlastet.

10
 11 Als unabhängige Beratungs- und Vermittlungsstellen übernehmen die
 12 Pflegestützpunkte eine zentrale Lotsenfunktion im komplexen System der Pflege-,
 13 Sozial- und Gesundheitsdienste. Wir wollen die Pflegestützpunkte daher weiter
 14 stärken. Ergänzend wollen wir ein Pflegenottelefon nach Hamburger Vorbild
 15 etablieren, das insbesondere nachts und am Wochenende, wenn etablierte
 16 Strukturen nicht erreichbar sind, Beratungs- und Vermittlungsleistungen übernimmt.
 17 Zur besseren Unterstützung pflegender Angehöriger bauen wir die Kurzzeitpflege
 18 aus und schließen Versorgungslücken in der Tagespflege.

19
 20 Wir unterstützen die Pläne, auf dem Areal des ehemaligen Wernerbads eine
 21 stationäre Pflegeeinrichtung zu errichten. Hierbei wollen wir sicherstellen, den Park
 22 um den Wernersee als öffentliche Grünanlage für alle zugänglich zu machen. Die
 23 Pläne für ein Oberstufenzentrum Pflege- und Sozialberufe in Biesdorf unterstützen
 24 wir ebenfalls. Wir setzen uns für die dringliche Erstellung eines Bedarfsprogramms
 25 ein, damit die Planungen vorangebracht werden können.

26 27 **Selbstbestimmt im Alter**

28
 29 Marzahn-Hellersdorf muss auch weiterhin ein Zuhause für die Bewohner*innen sein,
 30 die älter als 60 Jahre sind. Wohnungen fehlen für alle –
 31 für die Älteren jedoch vor allem barrierefrei und gleichzeitig bezahlbar. Immer mehr
 32 ältere Menschen sind durch hohe Miet- und Heizkosten alternativlos von
 33 Wohnungsverlust bedroht. Eine angemessene medizinische Versorgung ist nur noch
 34 eingeschränkt gegeben, die Wege zum Arzt oder zu Ärztin werden teurer und länger.
 35 Im öffentlichen Raum fehlen Bänke, fußläufig erreichbare Lebensmittelmärkte
 36 schließen. S-Bahn, Busse und Bahnen fallen aus oder stehen im Stau.
 37 Pflegeleistungen sind Mangelware. Immer mehr ältere Menschen verarmen, werden
 38 so vom sozialen Leben abgeschnitten und vereinsamen.

39 40 **Altersarmut wirksam bekämpfen**

41
 42 Niedrige Löhne und Brüche im Arbeitsleben bei gleichzeitig explodierenden Mieten
 43 und anhaltend hoher Inflation führen dazu, dass viele lebensältere Berliner*innen,
 44 insbesondere Frauen, von Armut betroffen sind – und es werden immer mehr. Die
 45 geplanten Einschnitte bei der Grundsicherung werden diese Entwicklung noch
 46 verstärken. Auf Bundesebene kämpft Die Linke deshalb auch weiterhin für die
 47 Anhebung des Rentenniveaus zur Lebensstandardsicherung, für Mindestrenten, die
 48 vor Armut schützen und für einen Mindestlohn, der existenzsichernde
 49 Rentenansprüche sichert. Auf Landes- und Bezirksebene wollen wir eigenständige
 50 Maßnahmen etablieren, um die Auswirkungen von Altersarmut zu mindern und eine
 51 gute Lebensqualität zu sichern. Aus Scham, Unwissenheit und bürokratischen

1 Hürden, nehmen viel zu viele Menschen Grundsicherungsleistungen wie bspw.
 2 Grundsicherung im Alter oder Wohngeld, nicht in Anspruch, obwohl
 3 sie ihnen eigentlich zustehen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese sogenannte verd
 4 eckte Armut aufgedeckt wird und die Menschen über ihre Ansprüche aufgeklärt werd
 5 en, damit sie sie wahrnehmen können. Dazu gehört für uns, eine flächendeckende,
 6 verbindlich geregelte soziale Infrastruktur aus Stadtteilzentren, Beratungsstellen,
 7 Kiezklubs, Senior*innentreffs, Mobilitätsdiensten usw. in allen Bezirken
 8 bedarfsgerecht auszubauen, auch in neuen Wohnquartieren. Dafür müssen die
 9 notwendigen Investitionsmittel bereitgestellt werden.

10 Die Linke setzt sich für eine seniorenfreundliche Infrastruktur ein: barrierefreie
 11 öffentliche Räume, inklusive Sitzgelegenheiten und eine bessere Anbindung an den
 12 öffentlichen Nahverkehr sind notwendig, um Senior*innen ein selbstbestimmtes
 13 Leben zu ermöglichen. Wir fördern die soziale und digitale Teilhabe von Seniorinnen
 14 und Senioren. Wir fordern kostenfreie digitale Schulungen für Senior*innen in den
 15 Stadtteilzentren und Seniorenheimen, um digitale Barrieren abzubauen und die
 16 Teilhabe am digitalen Leben zu fördern.

17
 18 Die Förderung und Anerkennung ehrenamtlicher Initiativen sollen verstärkt werden,
 19 insbesondere durch eine bessere Vernetzung von Ehrenamtlichen, etwa durch
 20 Programme, die Seniorinnen und Senioren als Mentor*innen oder freiwillig
 21 Engagierte in soziale Projekte einbinden und ihre Erfahrungen nutzbar machen.
 22 Darüber hinaus sollen generationenübergreifende Projekte gestärkt werden, die den
 23 Austausch zwischen älteren und jüngeren Menschen fördern, beispielsweise durch
 24 gemeinsame Workshops, Veranstaltungen oder Nachhilfeangebote.

25 26 **Bildung im Alter fördern**

27
 28 Die Volkshochschule des Bezirkes soll altersgerechte Angebote schaffen und
 29 ausweisen, sie muss zu einem Lernort werden, der auch auf die Bedürfnisse älterer
 30 Menschen ausgerichtet ist. Insbesondere im neu geplanten Bildungshaus im Gut
 31 Hellersdorf sollen entsprechend Kurse in digitalen Medien, Kreativtechniken und
 32 lebenspraktischen Fähigkeiten angeboten werden. Diese Angebote sollen in den
 33 entsprechenden Netzwerken und Publikationen für die Gruppe „60 +“ beworben
 34 werden und auch kostengünstig sein. Insbesondere die Expertise der Alice-Salomon-
 35 Hochschule (ASH) in unmittelbarer Nähe ist einzubinden, ein gemeinsames Projekt
 36 für Bildung im Alter kann hier wichtige Erfahrungen für die Auszubildenden schaffen.

37 38 **Gesundheitliche Aufklärung und Prävention**

39
 40 Wir fordern ein Gesundheitsbildungsprogrammen für Senior*innen sowie
 41 regelmäßige Informationsveranstaltungen zu Themen wie Ernährung, Bewegung und
 42 Selbstfürsorge, um die gesundheitliche Selbstständigkeit im Alter zu stärken.
 43 Ergänzend soll die Zusammenarbeit mit Sportvereinen ausgebaut werden, um
 44 gezielte Bewegungs- und Sportangebote für ältere Menschen zu fördern und damit
 45 Fitness, Gesundheit und Lebensqualität nachhaltig zu unterstützen.

46 47 **Verbesserung der Wohnsituation**

48
 49 Der Anteil von bezahlbarem barrierefreiem Wohnraum muss deutlich steigen, es
 50 muss eine Übersicht geben zu Bauprojekten, die seniorenrechtliche Wohnungen
 51 anbieten und die Mobilität der älteren Bevölkerung im Bezirk steigern, hierzu ist die

1 Stadtentwicklung jedes Jahr in der Berichtspflicht gegenüber der Seniorenvertretung
 2 Viele Mieterinnen und Mieter wohnen in Wohnungen, die nicht mehr zu ihrer
 3 Lebenssituation passen: Familien brauchen mehr Platz, während ältere Menschen oft
 4 in zu großen Wohnungen leben. Gleichzeitig fehlt es an bezahlbarem Wohnraum.
 5 Deshalb wollen wir den Wohnungstausch deutlich erleichtern.

6
 7 Mieter*innen bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen sollen ihre bisherige
 8 Miethöhe pro Quadratmeter bei einem erfolgreichen Wohnungstausch in ihre neue
 9 Wohnung mitnehmen können. Bei einem erfolgreichen Wohnungstausch sollen die
 10 Wohnungsunternehmen die angemessenen Umzugskosten übernehmen und durch
 11 ein neu geschaffenes Umzugsmanagement unterstützen.

12
 13 Mit einem Landesprogramm „Mehr-Generationen-Wohnen“ wollen wir Haushalte
 14 unterstützen, die freiwillig zusammenziehen. Wer sich entscheidet, eine größere
 15 Wohnung zu teilen oder gemeinsam mit jüngeren oder älteren Menschen in eine
 16 Bestandswohnung zu ziehen, soll eine Prämie erhalten, die Umzugs-, Renovierungs-
 17 und Anfangskosten abdeckt. Begleitend dazu soll eine Wohnraumagentur zu den
 18 Möglichkeiten für eine bessere Nutzung des Wohnraums beraten und vermitteln. Sie
 19 soll Eigentümer*innen in Ein- und Zweifamilienhaussiedlungen über Förderungen
 20 informieren – etwa für den Ausbau von Einliegerwohnungen, Renovierungen oder
 21 über Mietgarantien – und so bisher ungenutzte Wohnpotenziale erschließen.

22
 23 Die Infrastruktur im Bezirk soll stärker seniorengerecht gestaltet werden,
 24 insbesondere durch den Ausbau barrierefreier Gehwege, abgesenkter
 25 Bordsteinkanten, zusätzlicher Sitzgelegenheiten und geeigneter Wohnangebote für
 26 ältere Menschen. In den vergangenen Jahren haben in allen Stadtteilen Begehungen
 27 und Befahrungen mit Rollstühlen und Rollatoren stattgefunden, doch die daraus
 28 abgeleiteten Maßnahmen wurden bislang oft nicht umgesetzt oder nicht
 29 nachvollziehbar dokumentiert. Deshalb braucht es einen jährlich fortgeschriebenen
 30 Plan, der die vorgesehenen Maßnahmen für das jeweilige Folgejahr verbindlich
 31 festlegt und ihre Umsetzung transparent dokumentiert.

32
 33 Bei Maßnahmen, die Gestaltung und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs betreffen,
 34 sind die besonderen Belange von älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen
 35 verstärkt zu berücksichtigen. Wir wollen ein „Seniorenshuttle“ für Arztbesuche,
 36 Einkäufe und kulturelle Veranstaltungen einführen.

37 **Stärkung und Unterstützung der bestehenden Seniorenvertretung**

38
 39
 40 Das Seniorenmitbestimmungsgesetz des Landes muss endlich novelliert werden. Im
 41 Land wie im Bezirk setzen wir uns für eine einheitliche Mittelbereitstellung sowie für
 42 eine Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Seniorenvertretung ein. Der
 43 Bezirk soll weiterhin kostenfrei barrierefreie Räume unterstützen oder selbst
 44 bereitstellen für Tagungen und Veranstaltungen der Seniorenvertretung.

45 **Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit**

46
 47
 48 Die Linke kämpft für eine solidarische Gesellschaft, in der jedem Menschen
 49 unabhängig von seinem Geschlecht, seiner Herkunft, seinem Lebensalter, seiner
 50 seelischen und körperlichen Verfasstheit, seiner Weltanschauung, seiner Religion
 51 oder seiner sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität das Recht auf

1 soziale Sicherheit, der Schutz vor sozialem Elend, das Recht auf Wohnen und
 2 Chancengleichheit gewährt wird. Wir stärken LSBTIQ-Rechte und fördern gezielt
 3 Anti-Diskriminierungsprojekte und queere Initiativen.

4
 5 Die Linke fordert, Frauen- und Mädchenprojekte im gesamten Bezirk vor Kürzungen
 6 zu schützen und weiter auszubauen sowie zusätzliche Plätze in Zufluchtswohnungen
 7 für Frauen aus Marzahn-Hellersdorf zu schaffen und im Bezirk ein eigenes
 8 Frauenhaus einzurichten. Gleichzeitig soll die Interventions- und Fachberatungsstelle
 9 für Opfer häuslicher Gewalt gestärkt und Angebote für minderjährige Eltern und
 10 Alleinerziehende ausgebaut werden. Darüber hinaus müssen Angebote für Eltern
 11 stärker an die Bedürfnisse Berufstätiger angepasst, Mütter entlastet und Väter gezielt
 12 in die Übernahme von Verantwortung einbezogen werden. Im Sportbereich sollen
 13 maskulin geprägte Strukturen im Breitensport aufgebrochen und Angebote stärker an
 14 den Bedürfnissen von FLINTA-Personen ausgerichtet sowie Projekte zur Förderung
 15 des Frauen- und Mädchensports gezielt unterstützt werden. Zudem gilt es, den
 16 bezirklichen Plan gegen Homo-, Bi-, Trans-, Inter- und Queerfeindlichkeit konsequent
 17 umzusetzen und weiterzuentwickeln sowie queere Infrastruktur zu schützen und
 18 auszubauen. Wir wollen queere Jugendarbeit gezielt fördern.

19
 20 Auch das Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung in
 21 Marzahn-Hellersdorf soll gestärkt, seine Angebote erweitert und stärker bekannt
 22 gemacht werden. Ergänzend fordert Die Linke eine bezirkliche Wirtschaftsförderung
 23 mit Schwerpunkt auf Frauen und nichtbinären Personen, indem Ressourcen
 24 bereitgestellt werden, um die selbstständige Existenzsicherung von FLINTA-
 25 Personen zu unterstützen, etwa durch Netzwerke für berufstätige FLINTA und
 26 Unternehmerinnen, Gründungsberatungen und Unterstützung bei der Vermittlung
 27 von Gewerberäumen. Alle Angebote sollen dabei kultursensibel und barrierearm
 28 gestaltet sein.

29 30 **Umwelt- und Klimaschutz - Bewahrung der Grünen Lunge**

31
 32 Die Linke verbindet Umwelt- und Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit.
 33 Umweltgerechtigkeit heißt für uns, dass grüne Freiräume, saubere Luft und
 34 wohnortnahe Erholungsmöglichkeiten Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sind.
 35 Insbesondere in sozial benachteiligten Kiezen werden wir auf Grundlage des
 36 Umweltgerechtigkeitsatlas Maßnahmen zur Lärminderung, Luftreinhaltung, zum
 37 Hitzeschutz und zur besseren Versorgung mit Grünflächen und Stadtbäumen
 38 konsequent umsetzen, damit unser Bezirk lebenswert für alle wird, so zum Beispiel
 39 auf der Marzahner Promenade und der Hellersdorfer Promenade.

40
 41 Ausreichend Parks, Friedhöfe, Grünstreifen, Bäume und Kleingärten sind nicht nur
 42 für die Menschen*innen, sondern auch für den Schutz des Artenreichtums von Flora
 43 und Fauna unerlässlich. Unser wachsender Bezirk braucht eine ausreichende und
 44 wohnortnahe Stadtbegrünung. Wir wollen dafür mehr Naturflächen schaffen und
 45 bereits existierende unter Schutz stellen.

46
 47 Auch im Gebäudebereich hat die öffentliche Hand eine Vorbildwirkung. Durch ein
 48 Energiekonzept sind alle öffentlichen Bauten soweit wie möglich auf
 49 Niedrigstenergiestandard zu sanieren. Neubauten öffentlicher Gebäude
 50 (einschließlich Schulen und Kitas) müssen generell
 51 mit Solarenergie sowie Fassaden- und/oder Dachbegrünung ausgestattet sein.

1
2 Noch gehört unser Bezirk zu den Bezirken mit den meisten grünen Flächen und
3 Orten in Berlin. Das soll auch so bleiben. Nicht nur in den Siedlungsgebieten,
4 sondern vor allem auch in den beiden Großsiedlungen verfügt der Bezirk über
5 Stadtparks, Innenhöfe sowie Freiflächen an Kitas und Schulen. Besondere
6 Bedeutung haben der Schlosspark Biesdorf, der Gutspark Mahlsdorf, der Berliner
7 Balkon sowie der Kienberg, die Ahrensfelder Berge und die Biesdorfer Höhe. Das
8 Wuhletal, die Gärten der Welt und die vielen Kleingartenanlagen und
9 Gemeinschaftsgärten
10 sind Teil der Grünen Lunge Berlins. All diese Orte sind als Erholungsgebiete,
11 Naturerlebnissräume, Frischluftschneisen und Biotope zu pflegen und zu erhalten.
12

13 **Schutz von Flora und Fauna**

14
15 Unsere Ziele sind die Unterschutzstellung des Wuhletals als
16 Landschaftsschutzgebiet sowie die Ausweisung besonders wertvoller Bereiche als
17 Naturschutzgebiete. Dabei sollen Renaturierungsmaßnahmen umgesetzt werden, um
18 ausgetrocknete Flächen wieder zu vernässen und den Wuhleteich dauerhaft zu
19 erhalten. Gleichzeitig müssen alle Möglichkeiten zur dezentralen
20 Regenwasserbewirtschaftung erschlossen und schrittweise umgesetzt werden,
21 insbesondere in den Bereichen der Hönower Weiherkette und der Gewässer im
22 Fließsystem der Wuhle.
23

24 Im gesamten Bezirk sollen zudem wirksame Vogelschutzmaßnahmen umgesetzt und
25 der Neubau einer Wildvogelstation als Ersatz für das marode Forsthaus realisiert
26 werden. Der Erhalt und die Neupflanzung von Gehölzen als Lebensraum für
27 Singvögel haben dabei Priorität, ebenso wie der Schutz von Niststätten bei
28 Bauvorhaben.
29

30 **Schutz von Grün und Kleingewässern**

31
32 Darüber hinaus müssen unsere Kleingartenanlagen langfristig mit Bebauungsplänen
33 gesichert und zusätzliche öffentliche Gemeinschaftsgärten für Menschen ohne
34 eigenen Garten geschaffen werden. Kleingärten und Urban Gardening leisten als
35 Bestandteil des Stadtgrüns einen unverzichtbaren Beitrag zum Erhalt der
36 Artenvielfalt, zum Naturschutz und zur Erholung der Einwohner*innen. Sie haben
37 auch eine wichtige soziale Bedeutung, sind generationsübergreifende Begegnungs-
38 und Bildungsorte und tragen zur lokalen und nachhaltigen Lebensmittelproduktion
39 bei. Die Linke setzt sich auf Landesebene auch für den gesetzlichen Schutz privater
40 Kleingartenflächen ein.
41

42 In Marzahn-Hellersdorf sind die Kleingewässer in einem besonders schlechten
43 Zustand. Wir setzen uns für die Sicherung und Pflege von Kleingewässern als
44 Lebensräume für Amphibien und Insekten ein. Wir wollen die Hönower Weiherkette
45 und Schleipfuhl zu „Blauen Perlen“ machen. Ergänzend sollen Stadtnatur-Ranger
46 dauerhaft finanziert werden, um Pflege, Schutz und Vermittlung der Stadtnatur zu
47 stärken.
48

49 **Erhalt der Grünflächen in den Großsiedlungen**

50
51 Die Wohngebiete in den Großsiedlungen sind mit vielen Grünflächen und

1 Parks geplant und erbaut worden. Die Linke setzt sich dafür ein, dass Frei- und
 2 Grünflächen sowie die grünen Innenhöfe im Bezirk erhalten bleiben. Die
 3 Umwandlung ausgewiesener Grünflächen in Bauland soll ausschließlich dann
 4 erfolgen, wenn dies zur Sicherung der sozialen und kulturellen Infrastruktur,
 5 beispielsweise für den Bau von Schulen, unbedingt erforderlich ist.

6
 7 Wir werden Entsiegelungsmaßnahmen konsequent umsetzen. Bei unabwendbaren
 8 Flächeninanspruchnahmen setzen wir uns verpflichtend für möglichst nahe
 9 Ausgleichsflächen ein. Als Linke verfolgen wir das Schwammstadt-Prinzip durch
 10 Entsiegelung, Regenwassermanagement und Ausbau und
 11 Pflege von Naturflächen. Das Regenwassermanagement wollen wir durch die Versie-
 12 kerung vor Ort auch im
 13 Liegenschaftsbestand für spätere Nutzung erweitern. Dabei spielen die landeseigene
 14 n Wohnungsunternehmen und öffentlichen Liegenschaften eine wichtige Rolle.

15 16 **Parks pflegen und Stadtbäume anpflanzen**

17
 18 Alle Parkanlagen müssen sauber und gepflegt sein, damit sich die Besucher*innen
 19 wohlfühlen können. Dafür müssen das Bezirksamt und die BSR sorgen und natürlich
 20 auch alle Menschen, die sie nutzen. Die Linke setzt sich auch deshalb weiter für die
 21 Sanierung des Springpfuhl-Parks und weiterer Parks ein. In Berlin sollen bis 2040
 22 500.000 neue Bäume gepflanzt werden, anteilig in Marzahn-Hellersdorf also bis zu
 23 40.000. Die dafür notwendigen Standorte müssen zügig bestimmt werden, wobei im
 24 Rahmen des Hitzeschutzes insbesondere versiegelte Flächen aufgebrochen werden
 25 müssen. Neue Straßenbäume wollen wir vor allem in den Kiezen pflanzen, die als
 26 hoch verdichtet und als „Hitzeinseln“ gelten. Zusätzlich fördern wir die Einrichtung
 27 von „Tiny Forests“ und starten eine Kampagne für neue Bäume für Kitas, Schulen
 28 und soziale Einrichtungen. Abgestorbene Bäume sollen durch hitzeresiliente Arten
 29 ersetzt werden. Zusätzlich müssen das Straßenbegleitgrün gepflegt und erweitert
 30 sowie weitere Blühstreifen für den Erhalt der Artenvielfalt der Insekten angelegt
 31 werden.

32 33 **Gärten der Welt**

34
 35 Die „Gärten der Welt“ werden 2027 40 Jahre alt. Wir werden diesen Anlass
 36 gebührend begehen und allen Berlinerinnen und Berliner am 9. Mai 2027, dem Tag
 37 der Gründung, kostenlosen Eintritt in die Gärten ermöglichen. Anlässlich des
 38 40jährigen Jubiläums werden wir unter Einbeziehung der „Freunde der Gärten der
 39 Welt“ und den Menschen, die sich den Gärten besonders verbunden fühlen, einen
 40 Zukunftsplan für die „Gärten der Welt“ entwickeln. Dazu gehören eine
 41 Multifunktionshalle und der Ausbau von Spiel- und Freizeitmöglichkeiten. Am
 42 Kienbergpark möchten wir betreute Picknick- und Grillplätze schaffen.

43 44 **Sauberes und sicheres Marzahn-Hellersdorf**

45
 46 Zur Vermeidung der illegalen Müllablagerung wollen wir die Angebote der
 47 Müllentsorgung ausweiten. Die Kieztage der BSR für Sperrmüll und Recycling weiten
 48 wir in unserem Bezirk aus. Wir fördern Aufräumaktionen in den Kiezen, um das
 49 öffentliche Bewusstsein für die saubere Stadt zu stärken. Dabei kann Marzahn-
 50 Hellersdorf schon heute auf das außerordentliche ehrenamtliche Engagement vieler
 51 Menschen in unserem Bezirk zurückgreifen. Ihren Einsatz wollen wir gebührend

1 ehren und ihnen jede Unterstützung zukommen lassen, die ihr bürgerschaftliches
2 Engagement fördert. Die Anzahl der öffentlichen Mülleimer werden wir gemeinsam
3 mit der BSR in Schwerpunktbereichen erhöhen. Wir wollen Pfandboxen an stark
4 frequentierten Orten einführen, um eine bessere Sammlung von Pfandflaschen zu
5 gewährleisten. In Parks und Grünflächen werden wir die Beleuchtung ausbauen,
6 soweit es der Bedarf und das Sicherheitsbedürfnis der Menschen und Nutzerinnen
7 und Nutzern vor Ort erfordert, wie am Bürgerpark Marzahn.

8 9 **Zugang zu öffentlichen Toiletten für alle**

10
11 Wir setzen uns dafür ein, dass die öffentlichen Toiletten in unserem Bezirk kostenlos
12 bereitgestellt werden, auch in öffentlichen Einrichtungen. Die wegfallenden Toiletten-
13 Standorte an der Marzahner Promenade sowie an der Raoul-Wallenberg-Straße
14 wollen wir zeitnah ersetzen. Autarke Toiletten ohne Wasseranschluss wollen wir
15 vermehrt in Parks und Grünflächen aufstellen. Auch an der Marzahner Mühle
16 müssen endlich Toiletten installiert werden.

17 18 **Hitzeschutz**

19
20 Die Sommerhitze macht auch vor Marzahn-Hellersdorf nicht halt. Ohne ausreichende
21 Grünflächen, Entsiegelung und kurzfristige Abkühlungsmöglichkeiten geraten
22 insbesondere ältere Menschen, Kinder und gesundheitlich eingeschränkte Personen
23 schnell in Gefahr. Auch deswegen müssen die Brunnen in unserem Bezirk
24 umfassend saniert und neue Planschen und Wasserspielplätze für die Abkühlung im
25 Sommer errichtet werden.

26
27 Wir haben wiederholt gefordert, dass sofort Maßnahmen ergriffen werden, um die
28 Bevölkerung zu schützen, darunter die flächendeckende Bereitstellung von
29 kostenlosem Trinkwasser in Bibliotheken, Bürgerämtern und weiteren öffentlichen
30 Einrichtungen sowie die Ausweisung kühler Orte im gesamten Bezirk. Weitere
31 Schritte sind notwendig wie die Fassadenbegrünung aller öffentlichen Gebäude im
32 Bezirk, einschließlich der Schulen, sowie Maßnahmen zum Schutz der Waldflächen.
33 Der beschlossene Hitzeschutzaktionsplan sieht zahlreiche konkrete Schritte vor, die
34 bisher nicht oder nur unzureichend umgesetzt wurden. Dazu gehört auch der Einsatz
35 mobiler Wasserdüsen bei Hitzewellen sowie besondere Schutzangebote für
36 obdachlose Menschen.

37
38 Wir werden dafür Sorge tragen, dass der Hitzeschutzplan und die Empfehlungen des
39 Bürgerrats in Marzahn-Nord zum Hitzeschutz umgesetzt werden. Dazu gehören
40 insbesondere die Installation öffentlicher Trinkwasserspender, die Entsiegelung von
41 Flächen, die Einrichtung neuer Bänke im Seelgrabenpark, die Anlage von
42 Wildblumenwiesen sowie eine Aufklärungskampagne zum Thema Hitzeschutz. Wir
43 werden aktiv Vorsorge für Hitzesommer leisten und kühle Räume und Orte schaffen.
44 Dazu treten wir auch in den Dialog mit den Betreibern von Shopping-Centern.

45 46 **Ernährung und Umgang mit Lebensmitteln**

47
48 Die Linke unterstützt weiterhin Initiativen, die sich für eine umweltverträgliche und
49 sozial gerechte Ernährung sowie einen nachhaltigen Konsum einsetzen,
50 beispielsweise durch die Verwendung regionaler und ökologischer Produkte in der
51 Kita- und Schulverpflegung oder durch Projekte zur Rettung von Lebensmitteln.

1 Ebenso fördern wir Netzwerke, die Verbraucher*innen direkt mit lokalen Erzeugern
2 verbinden, um frische, saisonale und nachhaltig produzierte Lebensmittel mit kurzen
3 Transportwegen anzubieten. Darüber hinaus unterstützen wir das Projekt „Essbare
4 Stadt“, bei dem auf öffentlich zugänglichen Flächen Obst und Gemüse kostenlos von
5 allen geerntet werden kann.

6 7 **Umweltbildung stärken**

8
9 Der Schutz unseres Klimas und der Erhalt unserer natürlichen Umwelt ist eine
10 Querschnittsaufgabe für die ganze Stadt. Wir wollen daher auch die
11 Umweltbildungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ausbauen, wie
12 bspw. in Schulgärten. Dazu gehören auch die Stadtnatur-Ranger und Parkläufer. In
13 Kitas und Schulen sollen verstärkt Inhalte zur Klima- und Umweltbildung vermittelt
14 werden. Wir wollen die Projekte der „Essbaren Stadt“ und der „grünen Lernorte“
15 dabei weiter fördern. Schulhöfe werden künftig klimaresilient und naturnah unter
16 Beteiligung der Schüler*innen umgestaltet.

17 18 **Tierschutz und Tierrechte stärken**

19
20 Wir setzen uns konsequent für Tierrechte ein.
21 Wir streben die Erhaltung und Ausweitung von weiteren Freilaufflächen für Hunde an
22 geeigneten Standorten an und stellen Mittel dafür bereit. Gemeinsam mit Vereinen
23 und Hundefreunden im Bezirk werden wir dafür Sorge tragen, dass Hundekot-Tüten-
24 Spender gepflegt, ausgestattet und genutzt werden. Wir setzen uns für ein
25 Taubenmanagement ein, mit dem das Tierwohl mit Aspekten der Stadtsauberkeit
26 verknüpft wird. Dafür werden wir den Pilot-Taubenschlag in Hellersdorf fortführen und
27 weitere Taubenschläge im Bezirk einrichten. Zudem werden wir in Marzahn-
28 Hellersdorf ein Pilotprojekt für ein
29 Rattenmanagement entwickeln, mit dem die Anforderungen an eine gesunde Stadt, d
30 er Wasserschutz und das Tierwohl in Einklang gebracht werden.

31 32 **Wirtschaft zukunftsfähig entwickeln**

33
34 Wirtschaft, Handel und Handwerk gehören zu unserem Bezirk. Sie schaffen
35 Arbeitsplätze, beleben die Zentren der Stadtteile und sind essenziell für eine
36 nachhaltige Entwicklung. Unsere linke Wirtschaftspolitik zielt darauf ab, ein
37 selbstbestimmtes Leben und hohe Lebensqualität für alle Menschen im Rahmen
38 ökologischer Grenzen zu ermöglichen. Dabei setzen wir auf soziale Gerechtigkeit,
39 ökologische Nachhaltigkeit und regionale Wirtschaftskreisläufe. Wir wollen den
40 Bezirk zu einem lebendigen, nachhaltigen und sozial gerechten Ort gestalten, an
41 dem Wirtschaft und Umwelt im Einklang stehen und alle Menschen von den Vorteilen
42 profitieren.

43
44 Die Verfügbarkeit von bezahlbaren Gewerbeflächen ist eine wichtige Voraussetzung
45 für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Für viele kleine und mittlere Unternehmen
46 (KMU), gerade aus dem Handwerk, dem produktionsnahen Dienstleistungsgewerbe
47 oder der sozialen Ökonomie wird es angesichts steigender Gewerbemieten immer
48 schwieriger, ihren Betriebsstandort zu halten. Für viele Betriebe ist es aufgrund des
49 Flächenmangels praktisch unmöglich, sich weiterzuentwickeln oder zu wachsen.

50
51 Die Linke setzt sich für bezahlbare Gewerberäume für kleine und mittlere

1 Unternehmen ein und fordert bundesweit einen Mietendeckel für
2 Gewerbeimmobilien, um steigende Kosten zu begrenzen. Auf lokaler Ebene kämpfen
3 wir für den Erhalt zusammenhängender Gewerbestandorte durch vorausschauende
4 Bebauungsplanung, die Förderung landeseigener Gewerbehöfe sowie den Ankauf
5 privater Gewerbeimmobilien, um diese in öffentliches Eigentum zu überführen und
6 langfristig stabile Mieten zu sichern. An der Bitterfelder Straße in Marzahn wollen wir
7 mit der landeseigenen WISTA als Standortentwickler auch in unserem Bezirk einen
8 Gewerbehoff schaffen. Darüber hinaus unterstützen auch genossenschaftliche
9 Ansätze bei der Schaffung von Gewerbehöfen. Das Zentrenkonzept wollen wir
10 überarbeiten, um langfristige Planungssicherheit für die Entwicklung unserer Zentren
11 zu schaffen.

12
13 Das Beispiel der Entwicklung der Knorr-Bremse in Marzahn und die Aufgabe von
14 Gewerbeflächen zeigt wie wichtig auch in Marzahn-Hellersdorf eine strategische
15 Flächensteuerung durch die öffentliche Hand ist. Wir wollen, dass das Land Berlin
16 prüft, ob und wie große leerstehende oder von Leerstand bedrohte Gewerbeobjekte
17 und Einkaufszentren in Landesbesitz übernommen werden können, um sie
18 gemeinwohlorientiert zu einem gesellschaftlichen Mittelpunkt des Quartiers zu
19 entwickeln. So sollen Gewerberäume entstehen, die auch für kleinere Einzelhändler
20 attraktiv und bezahlbar sind. Durch die Verbindung mit sozialer Infrastruktur und
21 kulturellen und öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken und KITAS sollen attraktive
22 und lebendige Kiezzentren entstehen.

23
24 Zugleich treiben wir den Ausbau schneller, flächendeckender und nachhaltiger
25 digitaler Netze voran, um digitale Teilhabe zu gewährleisten und die lokale Wirtschaft
26 zu stärken. Bei öffentlichen Aufträgen sollen ökologische und soziale Kriterien
27 verbindlich berücksichtigt werden, um regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern und
28 nachhaltiges Wirtschaften zu unterstützen. Ebenso befürworten wir die regionale
29 Vermarktung von Lebensmitteln und Produkten, um Transportwege zu verkürzen, die
30 Umwelt zu entlasten und die regionale Wirtschaft zu stärken, wobei
31 wiederverwendbare und recyclingfähige Materialien bevorzugt werden sollen.
32 Initiativen für Werkstätten und Reparaturzentren wollen wir ausbauen, um
33 Ressourcen zu schonen, die Wiederverwendung zu fördern und neue
34 Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Zudem setzen wir uns für die Einrichtung
35 von Coworking-Spaces (geteilte Arbeitsplätze) ein, die flexible Arbeitsformen
36 ermöglichen, unnötige Pendelwege reduzieren und lokale Wirtschaftsstrukturen
37 stärken. Unternehmen und Wohnungsbaugesellschaften sollen durch
38 Gemeinwohlbilanzen soziale, ökologische und wirtschaftliche Verantwortung
39 transparent machen und so zu nachhaltigem und gerechtem Wirtschaften beitragen.
40 Ebenso wichtig ist eine verlässliche und nachhaltige Verkehrsanbindung,
41 insbesondere durch einen starken öffentlichen Nahverkehr, um Gewerbegebiete gut
42 erreichbar zu machen und den Autoverkehr zu reduzieren. Insgesamt verfolgen wir
43 das Ziel, ökologisch verträgliches Wachstum, gute Arbeitsbedingungen und soziale
44 Teilhabe zu fördern und damit regionale Wirtschaftskreisläufe nachhaltig zu stärken.

45
46 Wir fordern die Neuausrichtung und Weiterentwicklung der zentralen Zielsetzungen
47 für den CleanTech Business Park mit einer klaren langfristigen Perspektive für die
48 Nutzung des Standorts. Der jahrelange Stillstand schadet dem Image des Bezirks
49 und muss beendet werden. Deshalb sollen zeitnah neue Impulse gesetzt werden,
50 etwa durch die Einrichtung eines Runden Tisches mit allen relevanten Akteuren
51 und die Prüfung alternativer Nutzungsmöglichkeiten.

1
2 Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Bildungseinrichtungen
3 soll gezielt gefördert werden, um die Berufsausbildung und das duale System
4 insgesamt aufzuwerten. Gleichzeitig müssen Arbeitsagentur und Jobcenter bei der
5 Bewältigung der gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit unterstützt werden,
6 insbesondere durch passgenaue Unterstützungsangebote und
7 Qualifizierungsmaßnahmen für junge Menschen.

8
9 Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf muss verstärkt als Vorbild in der Ausbildung
10 fungieren. Die Ausbildung im öffentlichen Dienst soll nicht nur eine Chance für den
11 Berufseinstieg bieten, sondern auch zur Nachwuchsförderung in der Verwaltung
12 beitragen. Wir fordern, dass mehr Ausbildungsplätze im öffentlichen Sektor
13 geschaffen werden, um jungen Menschen eine stabile Zukunftsperspektive zu
14 eröffnen.

15 16 **Kultur ist Lebensmittel**

17
18 Kultur ist ein grundlegender Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens und für viele
19 Menschen unverzichtbar. Deshalb muss Kultur für Menschen aller Altersgruppen
20 zugänglich und erlebbar sein. Gleichzeitig müssen Kulturschaffende fair und
21 angemessen bezahlt werden, damit kulturelle Arbeit langfristig gesichert und
22 wertgeschätzt wird.

23
24 Die Linke setzt sich dafür ein, alle Kulturorte im Bezirk dauerhaft zu erhalten und zu
25 stärken. Dazu gehören das Freizeitforum Marzahn als zentraler Ort für Kultur- und
26 Freizeitangebote, das Kino „Kiste“ in Hellersdorf, das nach einer Zwischennutzung
27 wieder als Kino betrieben werden soll, sowie das Theater am Park (TaP) in Biesdorf,
28 für dessen Sanierung die vom Senat zugesagten Fördermittel endlich beantragt
29 werden müssen. Voraussetzung dafür sind ein tragfähiges Betriebs- und
30 Finanzierungskonzept unter Einbeziehung der vor Ort aktiven Vereine und
31 Nutzer*innen. Ebenso sollen das Kabarett-Theater „Chilischoten“, der Projektraum
32 „Galerie M“, die kleinen Theater- und Puppenbühnen für Kinder sowie die
33 Jugendkunstschule „Lin Jaldati“, die sich zugleich für weitere kulturelle Nutzungen
34 öffnen soll, erhalten bleiben. Wir werden prüfen, ob das Tschechow-Theater in
35 Marzahn-Nord in eine Regelfinanzierung aufgenommen werden kann. Das
36 Ausstellungszentrum „Pyramide“ in Hellersdorf sollte unter Denkmalschutz gestellt
37 werden, da es nicht nur ein lebendiger Kulturort ist, sondern auch eine
38 außergewöhnliche Architektur hat.

39
40 Wir setzen uns dafür ein, dass das Schloss Biesdorf als überregional bedeutsame
41 Galerie und Geschichtsort eintrittsfrei erhalten bleibt. Auf der Parkbühne in Biesdorf
42 müssen endlich wieder Kino & Kultur stattfinden. Wir setzen uns dafür ein, dass das
43 Bezirksmuseum in Museumsgut mehr Mitarbeiter*innen bekommt. und die bezirkliche
44 Dauerausstellung der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht wird.

45
46 Die Linke setzt sich dafür ein, dass alle verfügbaren Fördermöglichkeiten für
47 Künstlerinnen und kulturelle Projekte konsequent ausgeschöpft werden und das
48 Kulturamt personell gestärkt wird. Gleichzeitig müssen Beschäftigte im Kulturbereich
49 fair bezahlt werden, und die Leiterinnen von Kultureinrichtungen sollen auch in
50 Marzahn-Hellersdorf – wie in den anderen Berliner Bezirken üblich – entsprechend
51 der von den Berliner Fachbereichsleiter*innen Kultur entwickelten Beschreibung des

1 Aufgabenkreises eingruppiert werden. Zudem sollen geeignete öffentliche Gebäude
 2 stärker für kulturelle Nutzungen geöffnet werden, etwa indem nach der Sanierung
 3 des Alten Rathauses Marzahn das Foyer und der Ratskeller auch für Ausstellungen
 4 und Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Ebenso soll die Musikschule „Hans-
 5 Werner-Henze“ mehr Lehrkräfte fest anstellen können und ihre Angebote an allen
 6 drei Standorten ausweiten. Darüber hinaus gilt es, die vielfältige Kunst im öffentlichen
 7 Raum dauerhaft zu schützen und zu erhalten.

8

9 **Bibliotheken**

10

11 Die Linke setzt sich dafür ein, das Netz der öffentlichen Bibliotheken als sogenannte
 12 Dritte Orte weiter auszubauen, eine zusätzliche Bibliothek am Elsterwerdaer Platz
 13 einzurichten und durch die Anschaffung eines Bücherbusses auch den
 14 Bewohner*innen der Siedlungsgebiete den Zugang zu bibliothekarischen Angeboten
 15 zu ermöglichen. Zudem soll sichergestellt werden, dass mindestens eine Bibliothek
 16 im Bezirk auch am Wochenende geöffnet ist.

17

18 Die Erhöhung der Anzahl von Schulbibliotheken und die Kooperation der öffentlichen
 19 Bibliotheken mit ihnen sind uns ebenso wichtig. Die Linke wird sich dafür einsetzen ,
 20 dass das Projekt des “Digitalzebra” (digitale Inklusion und Teilhabe) von der Ehm-
 21 Welk-Bibliothek auf weitere Bibliotheken des Bezirks, wie z.B. die Heinrich-von-
 22 Kleist-Bibliothek in der Havemannstraße und die Bezirkszentralbibliothek Marzahn-
 23 Hellersdorf “Mark Twain” ausgedehnt wird.

24

25 **Sportangebote stärken**

26

27 Sport verbindet und bringt Menschen zusammen. Unser Ziel ist es, dass er Teilhabe
 28 am gesellschaftlichen Leben ermöglicht – unabhängig von ökonomischem Status,
 29 Herkunft, Alter und Geschlecht. Kinder und Jugendliche sollen im Schulalltag täglich
 30 Bewegung und Sport erleben können. Sportvereine sind Orte gelebter Solidarität.
 31 Hier lernen Menschen,
 32 gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen diese soziale Funktion stärken,
 33 damit Vereine auch in Zukunft Schutzräume gegen soziale Isolation und Orte der
 34 politischen Bildung bleiben.

35

36 **Sportvereine unterstützen – Sportanlagen ausbauen**

37

38 Das Ehrenamt ist das Rückgrat des Sports. Um es zu stützen, setzt sich Die
 39 Linke dafür ein, die Übungsleiterpauschale spürbar anzuheben und
 40 die Digitalisierung vorantreiben, um das Ehrenamt von Bürokratie zu entlasten. Die
 41 Vergabe der Sportstätten soll endlich digital, transparent und gerecht für alle
 42 Nutzenden erfolgen, wobei die Vereine durch personell gestärkte Bezirkssportämter
 43 eng begleitet werden müssen.

44

45 Unsere Sportvereine müssen finanziell unterstützt werden und die Zusammenarbeit
 46 von Schulen und Sportvereinen im Rahmen des Ganztagsangebotes der Schulen
 47 gefördert werden. Im Sinne der Mehrfachnutzung, soll dem Sport der Zugang zu den
 48 Schulen weitestgehend ermöglicht werden.

49

50 Es ist ein Skandal, dass Sporthallen in Berlin so sanierungsbedürftig sind, dass sie
 51 über Jahre nicht einmal mehr für den verpflichtenden Schulsportunterricht genutzt

1 werden können. Der Etat für Sportanlagen an Schulstandorten muss erhöht werden.
2 Wir priorisieren die schnelle Sanierung dieser Hallen, damit Kinder und Jugendliche
3 ihr Recht auf Bewegung und Sport wahrnehmen können.
4

5 Wir stehen für einen bedarfsgerechten Bau und Ausbau aller Sportanlagen im Bezirk.
6 Handlungsleitend ist dabei die Umsetzung der Sportentwicklungsplanung für
7 Marzahn-Hellersdorf. Dazu sind die entsprechenden Voraussetzungen über das
8 Schul- und Sportstätten-Sanierungsprogramm des Landes und über den
9 Bezirkshaushalt zu schaffen. Unsere sanierungsbedürftigen bezirkliche Sportstätten
10 sollen auch vom Sondervermögen des Bundes und der „Sportmilliarde“ profitieren.
11 Die Finanzierung der Sporthallen in der Jänschwalder Straße und Lichtenhainer
12 Straße muss prioritär sichergestellt werden. Wir setzen uns für den Bau eines
13 Funktionsgebäudes im Stadion Wuhletal ein.
14

15 Wir setzen uns für die Reaktivierung ungenutzter Sport- und Bewegungsorte ein, die
16 in die Eigenverantwortung der Sportvereine übertragen werden sollen. Saisonal
17 genutzte Sportstätten sollen einer ganzjährigen aktiven Nutzung zugeführt werden.
18

19 Sport und Wohnen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden: Für jede
20 aufzugebende Sportanlage
21 muss Ersatz, möglichst in räumlicher Nähe, bereitgestellt werden.
22

23 Neu zu errichtende Sportanlagen müssen grundsätzlich inklusiven Ansprüchen von
24 Sporttreibenden und Zuschauenden gerecht werden. Wir verfolgen das kurz- und
25 mittelfristige Ziel von mindestens drei vollinklusive Sportanlagen in unserem Bezirk,
26 die barrierefrei auffindbar und nutzbar sind. Diese barrierefreien Hallen sollen
27 vorrangig an Vereine mit inklusiven Angeboten und Behindertensportgruppen
28 vergeben werden.
29

30 **Sport im Kiez**

31

32 Wir werden Sportangebote ausweiten, um dem gestiegenen Mehrbedarf an frei
33 zugänglicher Bewegung gerecht zu werden. Konkret fordern wir eine
34 Tischtennisplatten-Kampagne, die Errichtung von frei zugänglichen Frisbee Golf- und
35 Ninja-Parcours sowie die Sanierung und den Neubau von Skateparks in
36 öffentlichen Parks. Wir werden neue Laufwege in Parks ausweisen, die beleuchtet si
37 nd, um die Sicherheit der Sportlerinnen zu gewährleisten. Um die Hürden für Sport
38 und Bewegung weiter zu senken, installieren wir im öffentlichen Raum sogenannte
39 „Sportboxen“. Dort können Sport- und Spielgeräte (wie Bälle, Schläger oder Fitness-
40 Equipment) per App kostenlos und unkompliziert ausgeliehen werden. Viele
41 öffentliche Bolz- und Basketballplätze sind marode, Tore fehlen oder Beläge sind
42 kaputt. Diese bestehenden Kiez-Sportflächen wollen wir sanieren und dabei
43 die Kinder und Jugendlichen vor Ort direkt in die Planung einbeziehen, damit das ge
44 baut wird, was wirklich gebraucht wird.
45

46 Auch stark wachsende Sportarten wie Flag Football, Cricket, Darts, Padel-Tennis
47 und Pickleball wollen wir stärker
48 berücksichtigen, um der Vielfalt der sportlichen Interessen gerecht zu werden. Die fin
49 anziellen Mittel hierfür werden wir erhöhen. Zur Förderung des Cricket-Sports setzen
50 wir uns für die Idee und Realisierung eines Sportpark Hönow ein.
51 Zudem fördern wir den Rollsport und die Errichtung neuer Skate-Anlagen unter

1 Einbeziehung der Nutzer*innen.

2

3 Das Wuhletal werden wir zu einem zusammenhängenden grünen Bewegungsraum
4 weiterentwickeln machen, der sich von Ahrensfelde über Marzahn, Hellersdorf und
5 Biesdorf zieht und vielfältige Möglichkeiten für Sport, Spiel und Erholung bietet.

6 Entlang des Tals verbinden Wege, offene Grünflächen und bestehende
7 Sportangebote Orte für Joggen, Radfahren, Fitness, Ballsport und informelle
8 Bewegung. So schaffen wir einen durchgehenden Freiraum für aktive
9 Freizeitgestaltung in unserem Bezirk.

10

11 **Marzahn-Hellersdorf nicht auf dem Trockenen sitzen lassen!**

12

13 Die Linke setzt sich dafür ein, am Jelena-Šantić-Friedenspark von Beginn an ein
14 Kombibad aus Frei- und Hallenbad zu errichten. Zudem soll das Baden in den
15 Kaulsdorfer Seen und im Biesdorfer Baggersee in Abstimmung mit den
16 Wasserbetrieben rechtlich abgesichert werden. Für diese stark frequentierten
17 Naturbadestellen werden wir tragfähige Sauberkeits-, Rettungs- und Umweltkonzepte
18 umsetzen, die Naturschutz und Badespaß vereinen.

19

20 Darüber hinaus müssen die Hallenbäder im Bezirk bedarfsgerechte Öffnungszeiten
21 für Schulschwimmen, Vereinssport und öffentliches Freizeitschwimmen bereitstellen.
22 Unser Ziel ist, dass kein Kind die Grundschule ohne Schwimmbefähigung verlässt.
23 Es sollen ausreichend verfügbare Hallenzeiten sichergestellt werden, damit alle
24 Schüler*innen der 3. Klassen am Schwimmunterricht teilnehmen können. Kinder, die
25 danach noch nicht schwimmen können, sollen zusätzliche Förderangebote erhalten,
26 auch während der Ferien. Dafür bauen wir Schulschwimmzentren und kostenlose
27 Nachschulungsangebote in Kooperation mit Vereinen aus. Um dem Mangel an
28 Wasserflächen kurzfristig zu begegnen, setzen wir auch auf innovative Lösungen wie
29 Schwimmcontainer zur Wassergewöhnung.

30

31 **E-Sport und Gaming**

32

33 E-Sport ist Teil der Lebensrealität vieler junger Menschen. Wir erkennen die
34 Leistungen der E- Sportler*innen an und wollen die gemeinnützigen Strukturen in
35 diesem Bereich fördern, um Gaming aus der rein kommerziellen Ecke in das
36 Vereinsleben zu holen. Wir wollen E-Sport als soziales Angebot in der kommunalen
37 Jugend- und Verbandsarbeit verankern. Die Förderung soll an klare
38 gemeinwohlorientierte Kriterien gebunden, um Medienkompetenz sowie den
39 Jugendschutz zu stärken. Darin liegt die Chance, Jugendlichen niedrigschwellig und
40 barrierearm Raum für sozialen Austausch zu geben.

41